

13. 08. 93

Fz
43 Seiten

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 14. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern
(Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)**

A. Zielsetzung

Mit dem Königreich Schweden besteht ein Abkommen vom 17. April 1959 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, ein Abkommen vom 14. Mai 1935 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und ein Vertrag vom 14. Mai 1935 über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen. Diese Vereinbarungen entsprechen nicht mehr in allen Teilen dem gegenwärtigen Stand der deutsch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen und dem Steuerrecht beider Staaten.

B. Lösung

Das neue Abkommen enthält die erforderlichen Anpassungen. Dabei faßt es die in den drei genannten Vereinbarungen enthaltenen Regelungsbereiche in einem Abkommen zusammen. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine.

Fristablauf: 24. 09. 93

D. Kosten

Das Abkommen führt im Bereich der Dividendenbesteuerung durch die Senkung des Kapitalertragsteuersatzes zu Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von jährlich rd. 25 Mio. DM.

13. 08. 93

Fz

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 14. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern
(Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)**

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

021 (43) – 521 05 – Do 79/93

Bonn, den 13. August 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiemit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. Juli 1992 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur
Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen
und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und
zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedi-
sches Steuerabkommen)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Kohl

Fristablauf: 24. 09. 93

520/93

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Abkommen vom 14. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern
(Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 14. Juli 1992 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 46 Abs. 3 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, sind bereits ergangene Steuerfestsetzungen zu ändern oder aufzuheben. Die vierjährige Frist für die Anträge auf Erstattung von Kapitalertragsteuer (Festsetzungsfrist) beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 46 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Zu Artikel 2

Das Abkommen wird nach seinem Artikel 46 Abs. 2 allgemein ab Beginn des Kalenderjahrs anzuwenden sein, das auf das Jahr folgt, in dem es in Kraft getreten ist. Hinsichtlich der Besteuerung der Dividenden wird das Abkommen nach seinem Artikel 46 Abs. 3 rückwirkend ab 1. Januar 1990 anzuwenden sein. Artikel 2 stellt sicher, daß die rückwirkende Anwendung des Abkommens in diesem Teilbereich weder durch bereits ergangene Steuerfestsetzungen noch durch den Ablauf von Festsetzungsfristen eingeschränkt ist.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 46 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung, wie schon bisher, in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zustehen. Die Mehr- oder Mindereinnahmen bei den einzelnen Steuerarten lassen sich nur in einem Teilbereich, der Kapitalertragsteuer auf Dividenden, schätzen. Hier dürften Mindereinnahmen von jährlich rd. 25 Mio. DM entstehen. Die Mehr- oder Mindereinnahmen wegen der anderen Abkommensbestimmungen werden haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Im deutsch-schwedischen Verhältnis bestehen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei der Erbschaftsteuer bereits durch die geltenden Abkommen umfangreiche Regelungen. Daher sind für die Wirtschaft keine weitergehenden Auswirkungen und insofern auch keine preislichen Auswirkungen zu erwarten.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern
(Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)**

**Avtal
mellan Förbundsrepubliken Tyskland
och Konungariket Sverige
för att undvika dubbelbeskattning beträffande skatter
på inkomst och förmögenhet och på arv och gåva
samt för att lämna ömsesidig handräckning vid beskattning
(Tysk-svenskt skatteavtal)**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Schweden –

Förbundsrepubliken Tyskland
och
Konungariket Sverige

von dem Wunsch geleitet, durch ein neues Abkommen, das den heutigen Beziehungen zwischen beiden Staaten und den Rechtsentwicklungen Rechnung trägt, die Doppelbesteuerung zu vermeiden und sich gegenseitig Beistand bei den Steuern zu leisten –

har, föranledda av önskan att genom ett nytt avtal, som tar hänsyn till dagens förbindelser mellan de båda staterna och till rättsutvecklingen, undvika dubbelbeskattning och lämna ömsesidig handräckning vid beskattning,

sind wie folgt übereingekommen:

kommit överens om följande:

Abschnitt I

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Allmänna bestämmelser

Artikel 1

Artikel 1

Ziel des Abkommens

Avtalets syfte

Die beiden Vertragsstaaten wirken zusammen, um die Doppelbesteuerung auf der Grundlage dieses Abkommens zu vermeiden, sich gegenseitig bei der Anwendung der Steuergesetze Beistand zu leisten und die zwischenstaatlichen Steuerbeziehungen durch Verständigung zu verbessern. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich hierzu in geeigneten Zeitabständen über die Entwicklung ihres Steuerrechts informieren und beraten, wie die vorgenannten Ziele zu erreichen sind.

De båda avtalsslutande staterna skall enligt avtalet tillsammans verka för att med stöd av avtalet undvika dubbelbeskattning, att lämna ömsesidig handräckning vid tillämpningen av skattelagstiftningen samt att förbättra de mellanstatliga förbindelserna på skatteområdet genom ömsesidiga överenskommelser. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna skall i detta syfte med lämpliga tidsmellanrum informera varandra om utvecklingen inom respektive stats skattelagstiftning och rådgöra med varandra om hur förutnämnda mål skall uppnås.

Artikel 2

Artikel 2

Geltungsbereich des Abkommens

Avtalets tillämpningsområde

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für folgende Steuern, die für Rechnung eines Vertragsstaats, seiner Länder oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden:

1. Detta avtal tillämpas på följande skatter, som påförs för en avtalsslutande stats, dess delstaters eller lokala myndigheters räkning, oberoende av det sätt på vilket skatterna tas ut:

- a) Abschnitt II für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen; als solche gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.
- b) Abschnitt III für Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern; als solche gelten die Steuern, die
 - aa) von Todes wegen als Nachlaßsteuern, Erbanfallsteuern, Abgaben vom Vermögensübergang oder Steuern von Schenkungen auf den Todesfall erhoben werden, oder
 - bb) auf Übertragungen unter Lebenden nur deshalb erhoben werden, weil die Übertragungen unentgeltlich oder gegen ein zu geringes Entgelt vorgenommen werden.
- c) Abschnitt IV für Steuern jeder Art und Bezeichnung, soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert. Ausgenommen sind jedoch Zölle und Verbrauchsabgaben; die Umsatz- und Luxussteuern gelten für den Anwendungsbereich dieses Abschnitts nicht als Verbrauchsabgaben.

(2) Die zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, sind in der Anlage zum Abkommen aufgeführt.

(3) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(4) In diesem Abkommen gelten

- a) der Abschnitt II für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind;
- b) der Abschnitt III für
 - aa) Nachlässe und Erbschaften, wenn der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war, und
 - bb) Schenkungen, wenn der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt einschließlich des an das Küstenmeer angrenzenden Gebiets des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Schweden“ das Königreich Schweden, und, im geographischen Sinne verwendet, das schwedische Hoheitsgebiet und alle Gebiete außerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer, soweit Schweden dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine Hoheitsrechte zur Erforschung des Festlandsockels und zur Ausbeutung seiner Naturschätze ausüben darf;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder Schweden;
- d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

a) kapitel II på skatter på inkomst och förmögenhet; som sådana förstås alla skatter, som utgår på inkomst eller förmögenhet i dess helhet eller på delar av inkomst eller förmögenhet, däri inbegripna skatter på vinst på grund av överlåtelse av lös eller fast egendom, samt skatter på värdestegring,

b) kapitel III på kvarlåtenskapsskatter, arvsskatter och gåvoskatter; som sådana förstås skatter, som utgår

1) på grund av dödsfall såsom kvarlåtenskapsskatt, skatt på arv, skatt på egendomsöverlåtelse eller skatt på gåva vid dödsfall, eller

2) vid överlåtelse mellan levande personer, men endast om de utgår emedan överlåtelsen sker utan ersättning eller mot för lågt vederlag,

c) kapitel IV på skatter av varje slag och beskaffenhet, om inte sammanhanget föranleder annat. Undantagna är dock tullar och konsumtionsavgifter; vid tillämpningen av detta kapitel anses dock inte omsättnings- och lyxskatter som konsumtionsavgifter.

2. De för närvarande utgående skatter, på vilka avtalet tillämpas, finns angivna i bilagan till avtalet.

3. Avtalet tillämpas även på skatter av samma eller i huvudsak likartat slag, som efter undertecknandet av avtalet påförs vid sidan av eller i stället för de för närvarande utgående skatterna.

4. I detta avtal tillämpas

a) kapitel II på personer som har hemvist i en avtalsslutande stat eller i båda avtalsslutande staterna,

b) kapitel III på

1) kvarlåtenskap och arv, när arvlåtaren vid sin död hade hemvist i en avtalsslutande stat eller i båda avtalsslutande staterna, och

2) gåva, när givaren vid gåvotillfället hade hemvist i en avtalsslutande stat eller i båda avtalsslutande staterna.

Artikel 3

Allmänna definitioner

1. Om inte sammanhanget föranleder annat, har vid tillämpningen av detta avtal följande uttryck nedan angiven betydelse:

- a) "Förbundsrepubliken Tyskland" åsyftar, när det används i geografisk betydelse, det område inom vilket Förbundsrepubliken Tysklands skattelagstiftning äger tillämpning, däri inbegripet den del av havsbottnen, dennas underlag och vattenutrymmet däröver som gränsar till Förbundsrepubliken Tysklands kustvatten, i den mån Förbundsrepubliken Tyskland där i överensstämmelse med folkrättens regler utövar suveräna rättigheter och befogenheter,
- b) "Sverige" åsyftar Konungariket Sverige och, när det används i geografisk betydelse, Sveriges territorium, samt varje utanför Sveriges territorialvatten beläget område, i den mån Sverige enligt folkrättens regler äger utöva sina rättigheter att utforska kontinentalsockeln där och att utvinna dess naturtillgångar,
- c) "en avtalsslutande stat" eller "den andra avtalsslutande staten" åsyftar Förbundsrepubliken Tyskland eller Sverige, beroende på sammanhanget,
- d) "person" inbegriper fysisk person och bolag,
- e) "bolag" åsyftar juridisk person eller annan som vid beskattningen behandlas som juridisk person,

- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) umfaßt der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, Gebäude, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;
- i) umfaßt der Ausdruck „Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist“ alle Vermögenswerte, deren Übergang oder Übertragung einer unter Abschnitt III des Abkommens fallenden Steuer unterliegt;
- j) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
- aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
- alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- bb) in bezug auf Schweden
- alle natürlichen Personen, die die schwedische Staatsangehörigkeit besitzen und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Schweden geltenden Recht errichtet worden sind;
- k) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
- aa) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen oder die Behörde, an die er seine Befugnisse delegiert hat;
- bb) in Schweden den Finanzminister, seinen Bevollmächtigten oder die Behörde, an die er seine Befugnisse delegiert hat.
- f) "företag i en avtalsslutande stat" och "företag i den andra avtalsslutande staten" åsyftar företag som bedrivs av person med hemvist i en avtalsslutande stat, respektive företag som bedrivs av person med hemvist i den andra avtalsslutande staten,
- g) "internationell trafik" omfattar varje transport med skepp eller luftfartyg som används av företag i en avtalsslutande stat, utom då skeppet eller luftfartyget används uteslutande mellan platser i den andra avtalsslutande staten,
- h) "fast egendom" har den betydelse som uttrycket har enligt lagstiftningen i den avtalsslutande stat där egendomen är belägen. Uttrycket inbegriper dock alltid tillbehör till fast egendom, levande och döda inventarier i lantbruk och skogsbruk, byggnader, rättigheter på vilka bestämmelserna i privaträtten om fast egendom tillämpas, nyttjanderätt till fast egendom samt rätt till föränderliga eller fasta ersättningar för nyttjandet av eller rätten att nyttja mineralförekomst, källa eller annan naturtillgång. Skepp och luftfartyg anses inte vara fast egendom,
- i) "egendom, som ingår i kvarlåtenskap efter eller gåva från person med hemvist i en avtalsslutande stat" omfattar alla tillgångar vilkas överföring eller överlåtelse är underkastade någon av de skatter på vilka kapitel III i avtalet tillämpas,
- j) "medborgare" åsyftar
- 1) i fråga om Förbundsrepubliken Tyskland,
- alla tyskar i den betydelse detta uttryck har i Förbundsrepubliken Tysklands grundlag och alla juridiska personer och andra personsammanslutningar som bildats enligt den lagstiftning som gäller i Förbundsrepubliken Tyskland,
- 2) i fråga om Sverige,
- alla fysiska personer som är svenska medborgare och alla juridiska personer och andra personsammanslutningar som bildats enligt den lagstiftning som gäller i Sverige,
- k) "behörig myndighet" åsyftar
- 1) i Förbundsrepubliken Tyskland, finansministern eller den myndighet till vilken denne har delegerat sina befogenheter,
- 2) i Sverige, finansministern, dennes befullmäktigade ombud eller den myndighet till vilken denne har delegerat sina befogenheter.

(2) Dieses Abkommen ist bei seiner Anwendung durch beide Vertragsstaaten übereinstimmend aus sich selbst heraus ausulegen. Ein in diesem Abkommen nicht definierter Ausdruck hat jedoch dann die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des anwendenden Staates zukommt, wenn der Zusammenhang dies erfordert und die zuständigen Behörden sich nicht auf eine gemeinsame Auslegung geeinigt haben (Artikel 39 Absatz 3, Artikel 40 Absatz 3).

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“

- a) für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht

Artikel 4

Hemvist

1. Vid tillämpningen av detta avtal åsyftar uttrycket "person med hemvist i en avtalsslutande stat",

- a) i fråga om skatter på inkomst och förmögenhet, person som enligt lagstiftningen i denna stat är skattskyldig där på grund av hemvist, bosättning, plats för företagsledning eller annan liknande omständighet. Uttrycket inbegriper emellertid inte person som är skattskyldig i denna stat endast för inkomst från

eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist;

- b) für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern eine Person, deren Nachlaß oder Schenkung oder deren Erwerb nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, deren Nachlaß oder Schenkung in diesem Staat nur mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

källa i denna stat eller för förmögenhet belägen där,

- b) i fråga om kvarlåtenskapsskatt, arvsskatt och gåvoskatt, person vars kvarlåtenskap eller gåva eller vars förvärv enligt lagstiftningen i denna stat är skattepliktig där på grund av denna persons hemvist, bosättning, plats för företagsledning eller annan liknande omständighet. Uttrycket inbegriper emellertid inte person vars kvarlåtenskap eller gåva är skattepliktig i denna stat endast såvitt avser där belägen förmögenhet.

2. Då på grund av bestämmelserna i punkt 1 fysisk person har hemvist i båda avtalsslutande staterna, bestäms hans hemvist på följande sätt:

- a) Han anses ha hemvist i den stat där han har en bostad som stadigvarande står till hans förfogande; om han har en sådan bostad i båda staterna, anses han ha hemvist i den stat med vilken hans personliga och ekonomiska förbindelser är starkast (centrum för levnadsintressena),
- b) om det inte kan avgöras i vilken stat han har centrum för sina levnadsintressen eller om han inte i någondera staten har en bostad som stadigvarande står till hans förfogande, anses han ha hemvist i den stat där han stadigvarande vistas,
- c) om han stadigvarande vistas i båda staterna eller om han inte vistas stadigvarande i någon av dem, anses han ha hemvist i den stat där han är medborgare,
- d) om han är medborgare i båda staterna eller om han inte är medborgare i någon av dem, avgör de behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna frågan genom ömsesidig överenskommelse.

3. Då på grund av bestämmelserna i punkt 1 annan person än fysisk person har hemvist i båda avtalsslutande staterna, anses personen i fråga ha hemvist i den stat där den har sin verkliga ledning.

Artikel 5 Fast driftställe

1. Vid tillämpningen av detta avtal åsyftar uttrycket ”fast driftställe” en stadigvarande plats för affärsverksamhet, från vilken ett företags verksamhet helt eller delvis bedrivs.

2. Uttrycket ”fast driftställe” innefattar särskilt:

- a) plats för företagsledning,
- b) filial,
- c) kontor,
- d) fabrik,
- e) verkstad, och
- f) gruva, olje- eller gaskälla, stenbrott eller annan plats för utvinning av naturtillgångar.

3. Plats för byggnads-, anläggnings- eller installationsverksamhet utgör fast driftställe endast om verksamheten pågår mer än tolv månader.

4. Utan hinder av föregående bestämmelser i denna artikel anses uttrycket ”fast driftställe” inte innefatta:

- a) användningen av anordningar uteslutande för lagring, utställning eller utlämnande av företaget tillhöriga varor,
- b) innehavet av ett företaget tillhörigt varulager uteslutande för lagring, utställning eller utlämnande,
- c) innehavet av ett företaget tillhörigt varulager uteslutande för bearbetning eller förädling genom annat företags försorg,

- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Abschnitt II

Besteuerung des Einkommens und Vermögens

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne eines Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

d) innehavet av stadigvarande plats för affärsverksamhet uteslutande för inköp av varor eller inhämtande av upplysningar för företaget,

e) innehavet av stadigvarande plats för affärsverksamhet uteslutande för att för företaget ombesörja reklam, ge upplysningar, bedriva vetenskaplig forskning eller liknande verksamhet av förberedande eller biträdande art,

f) innehavet av stadigvarande plats för affärsverksamhet uteslutande för att kombinera verksamheter som anges i punkterna a)–e), under förutsättning att hela den verksamhet som bedrivs från den stadigvarande platsen för affärsverksamhet på grund av denna kombination är av förberedande eller biträdande art.

5. Om person, som inte är sådan oberoende representant på vilken punkt 6 tillämpas, är verksam för ett företag samt i en avtalsslutande stat har och där regelmässigt använder fullmakt att sluta avtal i företagets namn, anses detta företag – utan hinder av bestämmelserna i punkterna 1 och 2 – ha fast driftställe i denna stat beträffande varje verksamhet som denna person bedriver för företaget. Detta gäller dock inte, om den verksamhet som denna person bedriver är begränsad till sådan som anges i punkt 4 och som – om den bedrivs från en stadigvarande plats för affärsverksamhet – inte skulle göra denna stadigvarande plats för affärsverksamhet till fast driftställe enligt bestämmelserna i nämnda punkt.

6. Företag anses inte ha fast driftställe i en avtalsslutande stat endast på den grund att företaget bedriver affärsverksamhet i denna stat genom förmedling av mäklare, kommissionär eller annan oberoende representant, under förutsättning att sådan person därvid bedriver sin sedvanliga affärsverksamhet.

7. Den omständigheten att ett bolag med hemvist i en avtalsslutande stat kontrollerar eller kontrolleras av ett bolag med hemvist i den andra avtalsslutande staten eller som bedriver affärsverksamhet i denna andra stat (antingen från fast driftställe eller på annat sätt), medför inte att någotdera bolaget utgör fast driftställe för det andra.

Kapitel II

Beskattning av inkomst och förmögenhet

Artikel 6

Inkomst av fast egendom

1. Inkomst, som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvar av fast egendom (däri inbegripen inkomst av lantbruk och skogsbruk) belägen i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat.

2. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas på inkomst som förvärvas genom omedelbart brukande, genom uthyrning eller varje annan användning av fast egendom.

3. Bestämmelserna i punkterna 1 och 2 tillämpas även på inkomst av fast egendom som tillhör företag och på inkomst av fast egendom som används vid självständig yrkesutövning.

Artikel 7

Inkomst av rörelse

1. Inkomst av rörelse, som företag i en avtalsslutande stat förvärvar, beskattas endast i denna stat, såvida inte företaget bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten från där beläget fast driftställe. Om företaget bedriver rörelse på nyss angivet sätt, får företagets inkomst beskattas i denna andra stat, men endast så stor del av den som är hänförlig till det fasta driftstället.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuern den Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Luftfahrt und Container-Betrieb

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb (Nutzung oder Vermietung) von Containern, die im internationalen Verkehr verwendet werden, und der dazugehörigen Ausrüstung für die Beförderung der Container können nur in diesem Staat besteuert werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

2. Om företag i en avtalsslutande stat bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten från där beläget fast driftställe, hänförs, om inte bestämmelserna i punkt 3 föranleder annat, i vardera avtalsslutande staten till det fasta driftstället den inkomst som det kan antas att driftstället skulle ha förvärvat, om det varit ett fristående företag, som bedrivit verksamhet av samma eller liknande slag under samma eller liknande villkor och självständigt avslutat affärer med det företag till vilket driftstället hör.

3. Vid bestämmandet av fast driftställes inkomst medges avdrag för utgifter som uppkommit för det fasta driftstället, härunder inbegripna utgifter för företagets ledning och allmänna förvaltning, oavsett om utgifterna uppkommit i den stat där det fasta driftstället är beläget eller annorstädes.

4. I den mån inkomst hänförlig till fast driftställe brukat i en avtalsslutande stat bestämmas på grundval av en fördelning av företagets hela inkomst på de olika delarna av företaget, hindrar bestämmelserna i punkt 2 inte att i denna avtalsslutande stat den skattepliktiga inkomsten bestäms genom sådant förfarande. Den fördelningsmetod som används skall dock vara sådan att resultatet överensstämmer med principerna i denna artikel.

5. Inkomst hänförs inte till fast driftställe endast av den anledningen att varor inköps genom det fasta driftställets försorg för företaget.

6. Vid tillämpningen av föregående punkter bestäms inkomst som är hänförlig till det fasta driftstället genom samma förfarande år från år, såvida inte goda och tillräckliga skäl föranleder annat.

7. Ingår i inkomst av rörelse inkomstslag som behandlas särskilt i andra artiklar av detta avtal, berörs bestämmelserna i dessa artiklar inte av reglerna i förevarande artikel.

Artikel 8

Sjöfart, luftfart och användning av containere

1. Inkomst, som företag i en avtalsslutande stat förvärvat genom användningen av skepp eller luftfartyg i internationell trafik, beskattas endast i denna stat.

2. Inkomst, som företag i en avtalsslutande stat förvärvat genom användningen (eget nyttjande eller uthyrning) av containere som används i internationell trafik samt därtill hörande utrustning för transport av containere, beskattas endast i denna stat.

3. Bestämmelserna i punkterna 1 och 2 tillämpas även på inkomst som förvärvat genom deltagande i en pool, ett gemensamt företag eller en internationell driftsorganisation.

Artikel 9

Företag med intressegemenskap

1. I fall då

- a) ett företag i en avtalsslutande stat direkt eller indirekt deltar i ledningen eller övervakningen av ett företag i den andra avtalsslutande staten eller äger del i detta företags kapital, eller
 - b) samma personer direkt eller indirekt deltar i ledningen eller övervakningen av såväl ett företag i en avtalsslutande stat som ett företag i den andra avtalsslutande staten eller äger del i båda dessa företags kapital,
- iaktas följande.

Om mellan företagen i fråga om handelsförbindelser eller finansiella förbindelser avtalas eller föreskrivs villkor, som avviker från dem som skulle ha avtalats mellan av varandra oberoende företag, får all inkomst, som utan sådana villkor skulle ha tillkommit det ena företaget men som på grund av villkoren i fråga inte tillkommit detta företag, inräknas i detta företags inkomst och beskattas i överensstämmelse därmed.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des ersten genannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, soweit diese notwendig ist, um eine doppelte Belastung der Gewinne zu vermeiden. Bei der Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Abweichend von Absatz 2 darf bei Dividenden, deren Nutzungsberechtigter eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt,

- a) die Steuer nicht erhoben werden, wenn die Dividenden von einer in Schweden ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, und
- b) die Steuer 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn die Dividenden von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft gezahlt werden; die Steuer darf jedoch nicht erhoben werden, wenn der Unterschied zwischen den Sätzen der deutschen Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne und nichtausgeschüttete Gewinne weniger als 5 Prozentpunkte beträgt.

(4) Der Ausdruck „Dividenden“ bedeutet für die Zwecke dieses Artikels Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder aus sonstigen Gesellschaftsanteilen, wenn die Einkünfte hieraus nach dem Recht des Staates, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Dividenden“ umfaßt auch

- a) in der Bundesrepublik Deutschland

Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter, Einkünfte aus partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen und ähnlichen gewinnabhängigen Vergütungen sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen;

in Schweden

Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem „Aktiefond“,

- b) andere Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem der Schuldner ansässig ist, den Einkünften aus Anteilen an Gesellschaften steuerlich gleichgestellt sind.

(5) Abweichend von den Absätzen 1 bis 3 dürfen Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) nach

2. I fall då inkomst, för vilken ett företag i en avtalsslutande stat beskattats i denna stat, även inräknas i inkomsten för ett företag i den andra avtalsslutande staten och beskattas i överensstämmelse därmed i denna andra stat samt den sålunda inräknade inkomsten är sådan som skulle ha tillkommit företaget i den förnämnda staten om de villkor som avtalats mellan företagen hade varit sådana som skulle ha avtalats mellan av varandra oberoende företag, skall den andra staten genomföra vederbörlig justering av det skattebelopp som påförts för inkomsten i denna stat, i den mån detta är nödvändigt för att förhindra dubbelbeskattning av inkomsten. Vid sådan justering iaktas de övriga bestämmelserna i detta avtal och de behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna överlägger vid behov med varandra.

Artikel 10 Utdelning

1. Utdelning från bolag med hemvist i en avtalsslutande stat till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten får beskattas i denna andra stat.

2. Utdelningen får emellertid beskattas även i den avtalsslutande stat där bolaget som betalar utdelningen har hemvist, enligt lagstiftningen i denna stat, men om mottagaren har rätt till utdelningen får skatten inte överstiga 15 procent av utdelningens bruttobelopp.

Denna punkt berör inte bolagets beskattning för vinst av vilken utdelningen betalas.

3. Med avvikelse från bestämmelserna i punkt 2 får beträffande utdelning som tillfaller bolag som har rätt till utdelningen och som direkt äger minst 10 procent av det utbetalande bolagets kapital,

- a) skatten inte tas ut om utdelningen betalas av ett i Sverige hemmahörande bolag, och
- b) skatten inte överstiga 5 procent av utdelningens bruttobelopp om utdelningen betalas av ett i Förbundsrepubliken Tyskland hemmahörande bolag vars delägare inte personligen ansvarar för bolagets förbindelser (Kapitalgesellschaft); skatten får emellertid inte tas ut om skillnaden i bolagsskattesats mellan skatt på utdelad vinst och på icke utdelad vinst uppgår till mindre än 5 procentenheter.

4. Med uttrycket „utdelning“ förstås i denna artikel inkomst av aktier, andelsbevis eller andra liknande bevis med rätt till andel i vinst, gruvaktier, stiftarandelar eller av andra andelar i bolag, om inkomsten av dessa andelar i bolag enligt lagstiftningen i den stat där det utdelande bolaget har hemvist i beskattningshänseende jämföras med inkomst av aktier. Uttrycket utdelning omfattar också

- a) i Förbundsrepubliken Tyskland,

inkomst som bolagsman i tyst bolag uppbär i denna egenskap, inkomst av vinstandelslån, inkomst av obligationer på vilka avkastning utgår i förhållande till vinsten och liknande vinstberoende ersättningar samt utdelning på andelsbevis i en „Investmentvermögen“,

i Sverige,

utdelning på andelar i aktiefond,

- b) inkomst, som enligt lagstiftningen i den stat där gäldenären har hemvist i beskattningshänseende jämföras med inkomst av andelar i bolag.

5. Med avvikelse från bestämmelserna i punkterna 1 till 3 får inkomst av rättigheter eller fordringar med rätt till andel i vinst (i Förbundsrepubliken Tyskland innefattande inkomst som bolagsman i tyst bolag i denna egenskap uppbär eller inkomst av vinstandelslån och av obligationer på vilka avkastning utgår i

dem Recht des Staates, aus dem sie stammen, besteuert werden, wenn sie dort bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind.

(6) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine in diesem anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer in diesem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfaßt nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

förhållande till vinsten) beskattas enligt lagstiftningen i den stat från vilken inkomsten härrör, om den vid beräkningen av gäldenärens vinst är avdragsgill där.

6. Bestämmelserna i punkterna 1 till 3 tillämpas inte, om den som har rätt till utdelningen har hemvist i en avtalsslutande stat och bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten, där bolaget som betalar utdelningen har hemvist, från där beläget fast driftställe eller utövar självständig yrkesverksamhet i denna andra stat från där belägen stadigvarande anordning, samt den andel på grund av vilken utdelningen betalas äger verkligt samband med det fasta driftstället eller den stadigvarande anordningen. I sådant fall tillämpas bestämmelserna i artikel 7 respektive artikel 14.

7. Om bolag med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvar inkomst från den andra avtalsslutande staten, får denna andra stat inte beskatta utdelning som bolaget betalar, utom i den mån utdelningen betalas till person med hemvist i denna andra stat eller i den mån den andel på grund av vilken utdelningen betalas äger verkligt samband med fast driftställe eller stadigvarande anordning i denna andra stat, och ej heller beskatta bolagets icke utdelade vinst, även om utdelningen eller den icke utdelade vinsten helt eller delvis utgörs av inkomst som uppkommit i denna andra stat.

Artikel 11

Ränta

1. Ränta, som härrör från en avtalsslutande stat och som betalas till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten, beskattas endast i denna andra stat, om personen i fråga har rätt till räntan.

2. Med uttrycket "ränta" förstås i denna artikel inkomst av varje slags fordran, antingen den säkerställts genom in-teckning i fast egendom eller inte och antingen den medför rätt till andel i gäldenärens vinst eller inte. Uttrycket åsyftar särskilt inkomst av värdepapper som utfärdats av staten och inkomst av obligationer eller debentures, däri inbegripna agiobelopp och vinster som hänförs sig till sådana värdepapper, obligationer eller debentures. Straffavgift på grund av sen betalning anses inte som ränta vid tillämpningen av denna artikel. Uttrycket "ränta" innefattar inte de inkomster som behandlas i artikel 10.

3. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas inte, om den som har rätt till räntan har hemvist i en avtalsslutande stat och bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten, från vilken räntan härrör, från där beläget fast driftställe eller utövar självständig yrkesverksamhet i denna andra stat från där belägen stadigvarande anordning, samt den fordran för vilken räntan betalas äger verkligt samband med det fasta driftstället eller den stadigvarande anordningen. I sådant fall tillämpas bestämmelserna i artikel 7 respektive artikel 14.

4. Då på grund av särskilda förbindelser mellan utbetalaren och den som har rätt till räntan eller mellan dem båda och annan person räntebeloppet, med hänsyn till den fordran för vilken räntan betalas, överstiger det belopp som skulle ha avtalats mellan utbetalaren och den som har rätt till räntan om sådana förbindelser inte förelegat, tillämpas bestämmelserna i denna artikel endast på sistnämnda belopp. I sådant fall beskattas överskjutande belopp enligt lagstiftningen i vardera avtalsslutande staten med iakttagande av övriga bestämmelser i detta avtal.

Artikel 12

Royalty

1. Royalty, som härrör från en avtalsslutande stat och som betalas till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten, beskattas endast i denna andra stat, om personen i fråga har rätt till royaltyn.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Rundfunk, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden. Dies gilt auch bei der Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft, deren Hauptzweck im direkten oder indirekten Halten oder Verwalten derartigen unbeweglichen Vermögens besteht, wenn der Veräußerer an der Gesellschaft zu irgendeinem Zeitpunkt in den fünf der Veräußerung vorausgehenden Jahren zu mindestens 10 vom Hundert an der Gesellschaft beteiligt war. Unbewegliches Vermögen, das einem eigenen land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb dient, bleibt hierbei außer Betracht.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen, Luftfahrzeugen oder Containern, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betreibt, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge oder Container dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens zwei Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 4 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Aktien und anderen Anteilen an Gesellschaften und Personengesellschaften, die in dem erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel oder die Gewinne

2. Med uttrycket "royalty" förstås i denna artikel varje slags betaltning som mottas såsom ersättning för nyttjandet av eller för rätten att nyttja upphovs rätt till litterärt, konstnärligt eller vetenskapligt verk, håri inbegripet biograf film eller bandupptagning för television eller radio, patent, varumärke, mönster eller modell, ritning, hemligt recept eller hemlig tillverkningsmetod samt för upplysning om erfarenhetsrön av industriell, kommersiell eller vetenskaplig natur.

3. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas inte, om den som har rätt till royaltyn har hemvist i en avtalsslutande stat och bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten, från vilken royaltyn härrör, från där beläget fast driftställe eller utövar självständig yrkesverksamhet i denna andra stat från där belägen stadigvarande anordning, samt den rättighet eller egendom i fråga om vilken royaltyn betalas äger verkligt samband med det fasta driftstället eller den stadigvarande anordningen. I sådant fall tillämpas bestämmelserna i artikel 7 respektive artikel 14.

4. Då på grund av särskilda förbindelser mellan utbetalaren och den som har rätt till royaltyn eller mellan dem båda och annan person royaltibeloppet, med hänsyn till det nyttjande, den rätt eller den upplysning för vilken royaltyn betalas, överstiger det belopp som skulle ha avtalats mellan utbetalaren och den som har rätt till royaltyn om sådana förbindelser inte förelegat, tillämpas bestämmelserna i denna artikel endast på sistnämnda belopp. I sådant fall beskattas överskjutande belopp enligt lagstiftningen i vardera avtalsslutande staten med iakttagande av övriga bestämmelser i detta avtal.

Artikel 13

Realisationsvinst

1. Vinst, som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvar på grund av överlåtelse av fast egendom som är belägen i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat. Detta gäller också beträffande överlåtelse av andel i bolag vars huvudsakliga ändamål är att direkt eller indirekt inneha eller förvalta sådan egendom i det fall överlåtaren vid någon tidpunkt under de fem år som närmast föregått försäljningen innehaft minst 10 procent i bolaget. Fast egendom, som används i eget jord- eller skogsbruk eller i näringsverksamhet, beaktas därvid inte.

2. Vinst på grund av överlåtelse av lös egendom, som utgör del av rörelsetillgångarna i fast driftställe, vilket ett företag i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, eller av lös egendom, hänförlig till stadigvarande anordning för att utöva självständig yrkesverksamhet, som person med hemvist i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat. Detsamma gäller vinst på grund av överlåtelse av sådant fast driftställe (för sig eller tillsammans med hela företaget) eller av sådan stadigvarande anordning.

3. Vinst på grund av överlåtelse av skepp, luftfartyg eller containers som används i internationell trafik av företag i en avtalsslutande stat och lös egendom som är hänförlig till användningen av sådana skepp, luftfartyg eller containers beskattas endast i denna stat.

4. Vinst på grund av överlåtelse av annan egendom än sådan som avses i punkterna 1–3 beskattas endast i den avtalsslutande stat där överlåtaren har hemvist.

5. I fråga om fysisk person som har haft hemvist i en avtalsslutande stat under minst två år och som har erhållit hemvist i den andra avtalsslutande staten, påverkar bestämmelserna i punkt 4 inte den förstnämnda statens rätt att fram till tidpunkten för bytet av hemvist enligt sin interna lagstiftning beskatta sådan person för värdestegring på aktier och andra andelar i bolag (Gesellschaft) och handelsbolag, kommanditbolag, enkelt bolag, partrederi eller gruvbolag (Personengesellschaften) som är hemmahörande i den

aus der Veräußerung zu besteuern, die diese Person zu irgendeinem Zeitpunkt während der ersten fünf Jahre nach dem Wohnsitzwechsel bezieht.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das ein Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betreibt, ausgeübt wird, in diesem Staat besteuert werden.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung. Die zuständigen Behörden treffen nach Artikel 40 die Vereinbarungen, die notwendig sind, um eine doppelte Erhebung von Abzugsteuern zu vermeiden und die Steueransprüche der beiden Vertragsstaaten zu sichern.

Artikel 16

Aufsichtsrats-, Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats, als Geschäftsführer oder als Vorstandsmitglied einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

förstnämnda staten eller att enligt sin interna lagstiftning beskatta vinst på grund av överlåtelse av sådan egendom som denna person förvärvar vid någon tidpunkt under de första fem åren efter bytet av hemvist.

Artikel 14

Självständig yrkesutövning

1. Inkomst, som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvar genom att utöva fritt yrke eller annan självständig verksamhet, beskattas endast i denna stat om han inte i den andra avtalsslutande staten har stadigvarande anordning, som regelmässigt står till hans förfogande för att utöva verksamheten. Om han har sådan stadigvarande anordning, får inkomsten beskattas i denna andra stat men endast så stor del av den som är hänförlig till denna stadigvarande anordning.

2. Uttrycket "fritt yrke" inbegriper särskilt självständig vetenskaplig, litterär och konstnärlig verksamhet, uppfostrings- och undervisningsverksamhet samt sådan självständig verksamhet som läkare, tandläkare, advokat, ingenjör, arkitekt och revisor utövar.

Artikel 15

Enskild tjänst

1. Om inte bestämmelserna i artiklarna 16–19 föranleder annat, beskattas lön och annan liknande ersättning, som person med hemvist i en avtalsslutande stat uppbär på grund av anställning, endast i denna stat, såvida inte arbetet utförs i den andra avtalsslutande staten. Om arbetet utförs i denna andra stat, får ersättning som uppbärs för arbetet beskattas där.

2. Utan hinder av bestämmelserna i punkt 1 beskattas ersättning, som person med hemvist i en avtalsslutande stat uppbär för arbete som utförs i den andra avtalsslutande staten, endast i den förstnämnda staten, om

- a) mottagaren vistas i den andra staten under tidrymd eller tidrymder som sammanlagt inte överstiger 183 dagar under kalenderåret i fråga, och
- b) ersättningen betalas av arbetsgivare som inte har hemvist i den andra staten eller på dennes vägnar, samt
- c) ersättningen inte belastar fast driftställe eller stadigvarande anordning som arbetsgivaren har i den andra staten.

3. Utan hinder av föregående bestämmelser i denna artikel får ersättning för arbete, som utförs ombord på skepp eller luftfartyg som används i internationell trafik av företag i en avtalsslutande stat, beskattas i denna stat.

4. Bestämmelserna i punkt 2 tillämpas inte beträffande ersättning för arbete inom ramen för yrkesmässig uthyrning av arbetskraft. De behöriga myndigheterna skall enligt artikel 40 träffa de överenskommelser som erfordras för att undvika dubbelt uttag av skatt och för att säkra de båda avtalsslutande staternas skatteanspråk.

Artikel 16

Styrelsearvode, ersättning till person i företagsledande ställning och annan liknande ersättning

Styrelsearvode och annan liknande ersättning, som person med hemvist i en avtalsslutande stat uppbär i egenskap av medlem i styrelse eller annat liknande organ i bolag med hemvist i den andra avtalsslutande staten eller såsom verkställande direktör eller medlem av direktionen i sådant bolag, får beskattas i denna andra stat.

Artikel 17**Künstler und Sportler**

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt, wenn er auf diese andere Person einen kontrollierenden Einfluß ausüben kann.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder im wesentlichen Umfang unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats unterstützt wird.

Artikel 18**Ruhegehälter und ähnliche Zahlungen**

(1) Erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, so können diese Bezüge nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden. Diese Bezüge können jedoch nur im erstgenannten Vertragsstaat besteuert werden, wenn diese Person ein Staatsangehöriger dieses Staates und nicht ein Staatsangehöriger des anderen Staates ist.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person als Vergütung für einen Schaden zahlt, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen), können abweichend von Absatz 1 nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistungen vorsieht.

(5) Einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, sind bei der Besteuerung dieser Bezüge im erstgenannten Staat die gleichen Vergünstigungen zu gewähren, die für derartige Bezüge aus Quellen des erstgenannten Staates gewährt werden.

Artikel 19**Öffentlicher Dienst**

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, sowie die in Absatz 4 genannten Vergütungen, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist, ein Staatsangehöriger dieses Staates und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen

Artikel 17**Artister och idrottsmän**

1. Utan hinder av bestämmelserna i artiklarna 7, 14 och 15 får inkomst, som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvat genom sin personliga verksamhet i den andra avtalsslutande staten i egenskap av artist, såsom teater- eller filmskådespelare, radio- eller televisionsartist eller musiker, eller av idrottsman, beskattas i denna andra stat.

2. I fall då inkomst genom personlig verksamhet, som artist eller idrottsman utövar i denna egenskap, inte tillfaller artisten eller idrottsmannen själv utan annan person, får denna inkomst, utan hinder av bestämmelserna i artiklarna 7, 14 och 15, beskattas i den avtalsslutande stat där artisten eller idrottsmannen utövar verksamheten om denne kan utöva ett kontrollerande inflytande på denna andra person.

3. Bestämmelserna i punkterna 1 och 2 tillämpas inte på inkomst från uppträdande av artister eller idrottsmän, om deras vistelse i en avtalsslutande stat helt eller i väsentlig omfattning direkt eller indirekt är bekostad av allmänna medel från den andra avtalsslutande staten.

Artikel 18**Pension och liknande betalning**

1. Pension och liknande ersättning och livränta, som person med hemvist i en avtalsslutande stat uppbär, beskattas endast i denna stat.

2. Med avvikelse från bestämmelserna i punkt 1 beskattas belopp, som person med hemvist i en avtalsslutande stat erhåller enligt socialförsäkringslagstiftningen i den andra avtalsslutande staten, endast i denna andra stat. Dessa belopp kan emellertid endast beskattas i den förnämnda staten om personen är medborgare i denna stat men inte är medborgare i den andra staten.

3. Med avvikelse från bestämmelserna i punkt 1 beskattas periodiska ersättningar eller engångsbelopp, som en avtalsslutande stat eller dess lokala myndigheter betalar till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten som ersättning för skada som uppkommit till följd av krigshandling eller politisk förföljelse (däri inbegripet vissa gottgörelsebetalningar; "Wiedergutmachungen"), endast i den förnämnda staten.

4. Med uttrycket "livränta" förstås ett fastställt belopp, som utbetalas periodiskt på fastställda tidpunkter under en persons livstid eller under annan fastställd eller fastställbar tidsperiod och som utgår på grund av förpliktelse att verkställa dessa utbetalningar som ersättning för däremot fullt svarande vederlag i penningar eller penningars värde.

5. Person med hemvist i en avtalsslutande stat som uppbär belopp enligt socialförsäkringslagstiftningen i den andra avtalsslutande staten är berättigad till samma förmåner vid beskattningen i den förnämnda staten som skulle ha medgivits om beloppet erhöles från källa i den förnämnda staten.

Artikel 19**Offentlig tjänst**

1. Ersättning (med undantag för pension), som betalas av en avtalsslutande stat, någon av dess delstater eller lokala myndigheter eller av annan offentligrättslig juridisk person i endera staten till fysisk person på grund av utfört arbete samt sådan ersättning som anges i punkt 4, beskattas endast i denna stat. Sådan ersättning beskattas emellertid endast i den andra avtalsslutande staten, om arbetet utförs i denna stat och personen i fråga har hemvist i denna stat och är medborgare där och inte är medborgare i den förnämnda staten.

2. Pension, som betalas av en avtalsslutande stat, någon av dess delstater eller lokala myndigheter eller av annan offentlig-

juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, können abweichend von Artikel 18 nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist, ein Staatsangehöriger dieses Staates und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(3) Auf Vergütungen für Dienstleistungen und Ruhegehälter, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der Staaten erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die gezahlt werden

- a) im Fall der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost; im Fall Schwedens von „postverket“, „televerket“, „statens järnvägar“ oder „Sveriges riksbank“;
- b) vom oder für das deutsche Goethe-Institut in Schweden oder eine vergleichbare schwedische Institution in der Bundesrepublik Deutschland für Dienstleistungen an diese Institutionen;
- c) als Ausgleichszulage aus deutschen öffentlichen Kassen an zeitweise in Schweden tätige Lehrkräfte;
- d) vom oder für den „Sveriges Exportråd“ in der Bundesrepublik Deutschland oder die deutsch-schwedische Handelskammer in Schweden für Dienstleistungen als Handelssekretär beziehungsweise Geschäftsführer.

Für Ruhegehälter, die von den oder für die in Buchstabe a genannten Personen gezahlt werden, gilt Absatz 2.

(5) Unterliegt der Zahlungsempfänger mit den in Absatz 4 genannten Vergütungen in dem Staat, dem nach Maßgabe der vorstehenden Absätze 1 und 2 das Besteuerungsrecht zustehen würde, nicht der dortigen Steuerpflicht, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht.

Artikel 20

Unterhaltszahlungen und Zahlungen an Studenten

(1) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind; Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.

(2) Zahlungen, die ein Student oder ein in einem gewerblichen, technischen, land- oder forstwirtschaftlichen Lehrverhältnis stehender (einschließlich eines Praktikanten), der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertrags-

rättslig juridisk person i endera staten till fysisk person på grund av utfört arbete, beskattas, utan hinder av bestämmelserna i artikel 18, endast i denna stat. Sådan pension beskattas emellertid endast i den andra avtalsslutande staten om personen i fråga har hemvist i denna stat och är medborgare där och inte är medborgare i den förstnämnda staten.

3. Bestämmelserna i artiklarna 15, 16 och 18 tillämpas på ersättning och pension som betalas på grund av arbete som utförs i samband med rörelse som bedrivs av en avtalsslutande stat, någon av dess delstater eller lokala myndigheter eller av annan offentligrättslig juridisk person i endera staten.

4. Punkt 1 gäller också i fråga om ersättning, som betalas

- a) beträffande Förbundsrepubliken Tyskland av "die Deutsche Bundesbank", "die Deutsche Bundesbahn" och "die Deutsche Bundespost", och beträffande Sverige av postverket, televerket, statens järnvägar och Sveriges riksbank,
- b) av tyska Goethe-institutet i Sverige eller för dess räkning eller av en jämförbar svensk institution i Förbundsrepubliken Tyskland eller för dess räkning för arbete vid sådan institution,
- c) om utjämningsstillägg av tyska allmänna medel till i Sverige tillfälligt verksamma lärare,
- d) av Sveriges Exportråd i Förbundsrepubliken Tyskland eller av tysk-svenska handelskammaren i Sverige eller för enderas räkning för arbete som handelssekreterare respektive direktör ("Geschäftsführer").

Beträffande pension som betalas av eller för räkning för en av de i punkt a) nämnda institutionerna gäller punkt 2.

5. Om mottagare av sådan ersättning som avses i punkt 4 inte kan beskattas i den stat som enligt punkterna 1 och 2 erhållit beskattningsrätten, har den andra staten rätt att beskatta ersättningen.

Artikel 20

Underhållsbidrag och betalningar till studerande

1. Underhållsbidrag, däri inbegripet bidrag till barn, som person med hemvist i en avtalsslutande stat betalar till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten, undantas från beskattning i denna andra stat. Detta gäller dock inte i den mån underhållsbidraget är avdragsgillt i den förstnämnda avtalsslutande staten vid beräkningen av den betalningsskyldiges skattepliktiga inkomst. Avdrag vid beskattningen som är socialt betingade anses inte såsom avdrag vid tillämpningen av denna bestämmelse.

2. Studerande eller person som undergår utbildning inom industri, teknik, jordbruk eller skogsbruk (praktikant däri inbegripet) och som har eller omedelbart före inresa till en avtalsslutande stat hade hemvist i den andra avtalsslutande staten och som vistas i den förstnämnda staten uteslutande för studier eller utbildning, beskattas inte i denna stat för belopp som han erhåller för sitt uppehälle, sina studier eller sin utbildning, under förutsättning att beloppen härrör från källa utanför denna stat.

Artikel 21

Annan inkomst

1. Inkomst som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärfvar och som inte behandlas i föregående artiklar beskattas endast i denna stat, oavsett varifrån inkomsten härrör.

2. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas inte på inkomst, med undantag för inkomst av fast egendom, om mottagaren av inkom-

staat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Container, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge oder Container dient, können nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeldung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus Schweden sowie die in Schweden gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Schweden besteuert werden können und die nicht unter Buchstabe b fallen. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für andere Einkünfte und Vermögenswerte zu berücksichtigen. Die vorstehenden Bestimmungen sind auch auf Einkünfte aus Ausschüttungen auf Beteiligungen an Kapitalgesellschaften anzuwenden, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in Schweden ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 v. H. unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Nicht von der Steuerbemessungsgrundlage werden jedoch Ausschüttungen ausgenommen, die von einem Investmentfonds gezahlt werden, und Ausschüttungen von Beträgen, die bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft für Zwecke der schwedischen Steuer abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus Schweden zu erhebende deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die schwedische Steuer angerechnet, die nach schwedischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

- aa) Einkünfte aus Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen,

sten har hemvist i en avtalsslutande stat och bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten från där beläget fast driftställe eller utövar självständig yrkesverksamhet i denna andra stat från där belägen stadigvarande anordning, samt den rättighet eller egendom i fråga om vilken inkomsten betalas äger verkligt samband med det fasta driftstället eller den stadigvarande anordningen. I sådant fall tillämpas bestämmelserna i artikel 7 respektive artikel 14.

Artikel 22

Förmögenhet

1. Fast egendom, vilken person med hemvist i en avtalsslutande stat innehar och vilken är belägen i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat.

2. Lös egendom, som utgör del av rörelsetillgångarna i fast driftställe, vilket ett företag i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, eller som är hänförlig till stadigvarande anordning för att utöva självständig yrkesverksamhet, som person med hemvist i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat.

3. Skepp, luftfartyg och containers som används i internationell trafik av företag i en avtalsslutande stat samt lös egendom som är hänförlig till användningen av sådana skepp, luftfartyg eller containers beskattas endast i denna avtalsslutande stat.

4. Alla andra slag av förmögenhet, som person med hemvist i en avtalsslutande stat innehar, beskattas endast i denna stat.

Artikel 23

Undvikande av dubbelbeskattning i hemviststaten

1. Beträffande person som har hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland bestäms skatten på följande sätt:

- a) Såvida inte bestämmelserna i punkt b) nedan är tillämpliga undantas från beskattningsunderlaget för tysk skatt sådan inkomst som härrör från Sverige och sådan förmögenhet som är belägen i Sverige, vilka Sverige enligt detta avtal har rätt att beskatta. Förbundsrepubliken Tyskland förbehåller sig emellertid rätten att beakta den undantagna inkomsten och förmögenheten vid bestämmandet av skattesatsen för annan inkomst och förmögenhet. Föregående bestämmelser gäller även i fråga om utdelning på andelar i ett aktiebolag som betalas till bolag med hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland från bolag med hemvist i Sverige, vars kapital till minst 10 procent direkt innehas av det tyska bolaget.

Från beskattningsunderlaget undantas emellertid inte utdelning från investeringsfonder ("Investmentfonds") eller utdelning av belopp för vilket avdrag medgivits vid fastställandet av det utdelande bolagets beskattningsbara vinst i Sverige.

Beträffande skatt på förmögenhet skall likaså från beskattningsunderlaget för tysk skatt undantas sådana andelar på vilka utdelning – om sådan skulle betalas – enligt föregående meningar skulle undantas från beskattningsunderlaget.

- b) Med iakttagande av bestämmelserna i tysk skattelagstiftning om avräkning av utländsk skatt skall från tysk inkomstskatt och bolagsskatt avräknas sådan svensk skatt på inkomst som enligt svensk lagstiftning och i överensstämmelse med detta avtal erlagts på nedanstående inkomster som härrör från Sverige:

- 1) Utdelning, som inte omfattas av bestämmelserna i punkt a),

- bb) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 13 Absatz 5 in Schweden besteuert werden können,
- cc) Vergütungen, die nach den Artikeln 15 Absatz 4, 16 und 17 in Schweden besteuert werden können, und
- dd) Einkünfte, auf die nach Artikel 43 Absatz 1 anstelle einer Steuerbefreiung eine Steueranrechnung zu gewähren ist.

Im Sinne dieses Absatzes gelten Gewinne oder Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person als aus Quellen in Schweden stammend, wenn sie in Übereinstimmung mit diesem Abkommen in Schweden besteuert werden.

(2) Bei einer in Schweden ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Schweden ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so rechnet Schweden unter Beachtung der Bestimmungen des schwedischen Steuerrechts (unter Beachtung der jeweils anzuwendenden Änderungen, die den allgemeinen Grundsatz dieser Bestimmungen unberührt lassen) auf seine von diesen Einkünften erhobene Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland hierfür gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht.
- b) Bezieht eine in Schweden ansässige Person, die vorher in der Bundesrepublik Deutschland ansässig war, Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das in Übereinstimmung mit Artikel 13 Absatz 5 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert worden ist, so rechnet Schweden auf seine von diesen Gewinnen erhobene Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland für diese Gewinne gezahlten Steuer, einschließlich der Steuer, die im Zeitpunkt des Wohnsitzwechsels auf den zu diesem Zeitpunkt entstandenen Vermögenszuwachs erhoben worden ist, entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten schwedischen Steuer nicht übersteigen, die auf den Veräußerungsgewinn entfällt. Diese Bestimmung gilt nur bei Veräußerungen innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren nach dem Wohnsitzwechsel.
- c) Besitzt eine in Schweden ansässige Person Vermögen, das nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann, so rechnet Schweden auf die vom Vermögen dieser Person erhobene Vermögensteuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten schwedischen Vermögensteuer nicht übersteigen, die auf das in der Bundesrepublik Deutschland zu steuernde Vermögen entfällt.
- d) Bezieht eine in Schweden ansässige Person Einkünfte, die in Übereinstimmung mit Artikel 18 beziehungsweise Artikel 19 nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so kann Schweden diese Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes für andere Einkünfte berücksichtigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Ausschüttungen auf Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in Schweden ansässige Gesellschaft tätigt, von der schwedischen Steuer befreit, soweit die Ausschüttungen nach schwedischem Recht von der schwedischen Steuer befreit wären, wenn beide Gesellschaften in Schweden ansässig wären. Diese Freistellung ist jedoch nur zu gewähren, wenn die Gewinne, aus denen die Ausschüttungen stammen, ausschließlich oder fast ausschließlich bestehen aus

- a) Gewinnen, die der normalen Körperschaftsteuer der Bundesrepublik Deutschland oder einer mit der schwedischen Körperschaftsteuer zu vergleichenden Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Staat unterliegen haben, oder
- b) Ausschüttungen, die die Gesellschaft im Jahr der Ausschüttung oder in früheren Jahren aus Gesellschaftsanteilen empfangen hat, die sie an einer in einem dritten Staat ansässigen

- 2) vinst som enligt bestämmelserna i artikel 13 punkt 1 andra meningen och artikel 13 punkt 5 får beskattas i Sverige,
- 3) ersättning som enligt bestämmelserna i artikel 15 punkt 4, artiklarna 16 och 17 får beskattas i Sverige, och
- 4) inkomst beträffande vilken enligt artikel 43 punkt 1 i stället för skattebefrielse avräkning skall ske.

Vid tillämpningen av denna punkt anses alla vinster och inkomster som uppbärs av person med hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland ha källa i Sverige om dessa beskattas i Sverige i enlighet med detta avtal.

2. Beträffande person med hemvist i Sverige undviks dubbelbeskattning på följande sätt:

- a) I fall då person med hemvist i Sverige uppbär inkomst som enligt detta avtal får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland, skall Sverige – med iakttagande av bestämmelserna i svensk lagstiftning (även i den lydelse den framdeles kan få genom att ändras utan att den allmänna princip som anges här ändras) – från skatten på inkomsten avräkna ett belopp motsvarande den skatt som erlagts i Förbundsrepubliken Tyskland för inkomsten.
- b) I fall då person med hemvist i Sverige, som tidigare har haft hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland, uppbär vinst på grund av överlåtelse av egendom som enligt bestämmelserna i artikel 13 punkt 5 har beskattats i Förbundsrepubliken Tyskland, skall Sverige från sin skatt på sådan vinst avräkna ett belopp motsvarande den skatt som tagits ut på vinsten i Förbundsrepubliken Tyskland, däri inbegripet den skatt som vid tidpunkten för bytet av hemvist tagits ut på den då uppkomna förmögensökningen. Avräkningsbeloppet skall emellertid inte överstiga den del av den svenska skatten, beräknad utan sådan avräkning, som är hänförlig till realisationsvinster.
- c) I fall då person med hemvist i Sverige innehar förmögenhet som enligt bestämmelserna i detta avtal får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland, skall Sverige från förmögenhetsskatten på denna persons förmögenhet avräkna ett belopp motsvarande den förmögenhetsskatt som betalats i Förbundsrepubliken Tyskland. Avräkningsbeloppet får emellertid inte överstiga den del av den svenska förmögenhetsskatten, beräknad utan sådan avräkning, som belöper på den förmögenhet som får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland.
- d) Om person med hemvist i Sverige förvärvar inkomst, som enligt bestämmelserna i artikel 18 respektive artikel 19 beskattas endast i Förbundsrepubliken Tyskland, får Sverige beakta inkomsten vid bestämmandet av skattesatsen på annan inkomst.

3. Utan hinder av bestämmelserna i punkt 2 är utdelning på aktie i aktiebolag ("Kapitalgesellschaft") med hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland till bolag med hemvist i Sverige undantagen från svensk skatt i den mån utdelningen enligt svensk lagstiftning skulle ha varit undantagen från svensk skatt, om båda bolagen hade haft hemvist i Sverige. Sådan skattebefrielse medges dock endast, om den vinst av vilken utdelningen betalas uteslutande eller nästan uteslutande utgörs av

- a) vinst som underkastats den normala bolagsskatten i Förbundsrepubliken Tyskland eller en med svensk bolagsskatt jämförlig inkomstskatt i Förbundsrepubliken Tyskland eller i en annan stat, eller
- b) utdelning, vilken bolaget under utdelningsåret eller tidigare år mottagit på bolagsandelar som bolaget innehar i bolag med hemvist i tredje stat och vilken hade varit undantagen från

Gesellschaft hält und die freigestellt worden wären, wenn die Gesellschaftsanteile, aus denen die Ausschüttungen getätigt wurden, direkt von der in Schweden ansässigen Gesellschaft gehalten worden wären.

Diese Freistellung ist nicht zu gewähren, wenn die Ausschüttungen von einem Investmentfonds gezahlt werden, und bei Ausschüttungen von Beträgen, die bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft für Zwecke der deutschen Steuer abgezogen worden sind.

(4) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Schweden zur Ausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der „Ausschüttungsbelastung“ nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

Abschnitt III

Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen

Artikel 24

Besteuerungsregeln

(1) Unbewegliches Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen eines Unternehmens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und

- a) Betriebsvermögen einer im anderen Vertragsstaat belegenen Betriebsstätte darstellt, oder
- b) der Ausübung eines freien Berufs oder einer sonstigen selbstständigen Tätigkeit dient und das zu einer im anderen Vertragsstaat belegenen festen Einrichtung gehört,

kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Alles andere Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist, kann ohne Rücksicht auf seine Belegenheit nur in diesem Staat besteuert werden, soweit Artikel 26 nichts anderes bestimmt.

Artikel 25

Schuldenabzug

(1) Schulden, die durch das in Artikel 24 Absatz 1 genannte Vermögen besonders gesichert sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen. Schulden, die zwar nicht durch das in Artikel 24 Absatz 1 genannte Vermögen besonders gesichert sind, die aber im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Änderung, der Instandsetzung oder der Instandhaltung solchen Vermögens entstanden sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 werden Schulden, die mit einer in Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe a genannten Betriebsstätte oder einer in Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe b genannten festen Einrichtung zusammenhängen, vom Wert der Betriebsstätte beziehungsweise der festen Einrichtung abgezogen.

(3) Die anderen Schulden werden vom Wert des Vermögens abgezogen, für das Artikel 24 Absatz 3 gilt.

(4) Übersteigt eine Schuld den Wert des Vermögens, von dem sie in einem Vertragsstaat nach den Absätzen 1 oder 2 abzuziehen ist, so wird der übersteigende Betrag vom Wert des übrigen Vermögens, das in diesem Staat besteuert werden kann, abgezogen.

(5) Verbleibt in einem Vertragsstaat nach den Abzügen, die aufgrund von Absatz 3 oder 4 vorzunehmen sind, ein Schuldenrest, so wird dieser vom Wert des Vermögens, das im anderen Vertragsstaat besteuert werden kann, abgezogen.

svensk skatt om bolagsandelarna för vilka utdelningen betalas innehafvs direkt av bolaget med hemvist i Sverige.

Denna skattebefrielse medges dock inte beträffande utdelning från investeringsfonder ("Investmentfonds") eller utdelning av belopp för vilket avdrag medgivits vid fastställandet av det utdelande bolagets beskattningsbara vinst i Förbundsrepubliken Tyskland.

4. Om bolag med hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland använder inkomst från Sverige för utdelning, hindrar bestämmelserna i punkt 1 inte tillämpningen av reglerna om utdelningsbeskattning ("Ausschüttungsbelastung") enligt skattelagstiftningen i Förbundsrepubliken Tyskland.

Kapitel III

Beskattning av kvarlåtenskap, arv och gåva

Artikel 24

Beskattningsregler

1. Fast egendom, som ingår i kvarlåtenskap efter eller gåva från person med hemvist i en avtalsslutande stat och som är belägen i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat.

2. Lös egendom vilken tillhör ett företag och ingår i kvarlåtenskap efter eller gåva från person med hemvist i en avtalsslutande stat och vilken

- a) utgör tillgångar i rörelse som tillhör fast driftställe beläget i den andra avtalsslutande staten, eller
- b) används vid utövandet av fritt yrke eller annan självständig verksamhet och ingår i stadigvarande anordning belägen i den andra avtalsslutande staten,

får beskattas i denna andra stat.

3. Övrig egendom, som ingår i kvarlåtenskap efter eller gåva från person med hemvist i en avtalsslutande stat, beskattas, oberoende av var egendomen är belägen, endast i denna stat, såvida inte annat föreskrivs i artikel 26.

Artikel 25

Avdrag för skulder

1. Skulder, för vilka sådan egendom som avses i artikel 24 punkt 1 utgör säkerhet, skall dras av från värdet av egendomen. Skulder, för vilka egendom som avses i artikel 24 punkt 1 i och för sig inte utgör säkerhet, men vilka uppkommit för förvärv, ombyggnad, reparation eller underhåll av sådan egendom, skall dras av från värdet av egendomen.

2. Om inte punkt 1 föranleder annat, skall skulder, som är hänförliga till ett sådant fast driftställe som anges i artikel 24 punkt 2a) eller till en sådan fast anordning som anges i artikel 24 punkt 2b), dras av från värdet av det fasta driftstället eller den fasta anordningen.

3. Andra skulder dras av från värdet av egendom på vilken artikel 24 punkt 3 tillämpas.

4. Om skuld överstiger värdet av egendom från vilket den skall dras av i en avtalsslutande stat enligt punkt 1 eller 2, dras överskjutande belopp av från värdet av övrig egendom som får beskattas i denna stat.

5. Skuldöverskott som uppkommit i en avtalsslutande stat efter avdrag som avses i punkt 3 eller 4 dras av från värdet av den egendom som är skattepliktig i den andra avtalsslutande staten.

(6) Ist ein Vertragsstaat nach den Absätzen 1 bis 5 verpflichtet, einen höheren als nach seinem Recht vorgesehenen Schuldenabzug vorzunehmen, so gelten die genannten Absätze nur insoweit, als der andere Vertragsstaat nach seinem innerstaatlichen Recht nicht verpflichtet ist, die gleichen Schulden abzuziehen.

Artikel 26

Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) War der Erblasser, der Schenker oder ein Erwerber in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so wird die Doppelbesteuerung in der Bundesrepublik Deutschland wie folgt beseitigt:

- a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Ausführung der Schenkung in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so rechnet die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf ihre Steuer die Steuer an, die in Schweden für das Vermögen gezahlt wird, das nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 in Schweden besteuert werden kann.
- b) War im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung ein Erwerber in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so kann die Bundesrepublik Deutschland den Erwerb dieser Person nach den Bestimmungen des deutschen Rechts besteuern. Sie rechnet aber nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf ihre Steuer die Steuer an, die in Schweden für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuern nicht übersteigen, der auf das Vermögen entfällt, für das die Anrechnung zu gewähren ist.

(2) War der Erblasser oder der Schenker in Schweden ansässig, so wird die Doppelbesteuerung in Schweden wie folgt beseitigt:

- a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Ausführung der Schenkung in Schweden ansässig, so rechnet Schweden auf die nach seinem Recht festgesetzte Steuer den Betrag an, der den Steuern entspricht, die in der Bundesrepublik Deutschland für das Vermögen gezahlt werden, das nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.
- b) War im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung ein Erwerber nach schwedischem Recht in Schweden ansässig, und nicht gleichzeitig nach deutschem Recht in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so kann Schweden den Erwerb dieser Person nach den Bestimmungen des schwedischen Rechts besteuern. Es rechnet aber auf die schwedische Steuer die Steuer an, die in der Bundesrepublik Deutschland für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 in Schweden besteuert werden kann.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten schwedischen Steuer nicht übersteigen, der auf das Vermögen entfällt, für das die Anrechnung zu gewähren ist.

Artikel 27

Fünf-Jahres-Regel

(1) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung

- a) Staatsangehöriger eines Vertragsstaats, ohne gleichzeitig Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats zu sein, und
- b) wird er in dem erstgenannten Staat nach dessen Steuerrecht wie eine dort ansässige Person besteuert und

6. I den mån bestämmelserna i punkterna 1-5 medför skyldighet för en avtalsslutande stat att medge avdrag för skulder i större omfattning än vad som följer av den statens lagstiftning, skall dessa bestämmelser endast gälla om den andra avtalsslutande staten enligt sin lagstiftning inte är skyldig att medge avdrag för skulderna i fråga.

Artikel 26

Undvikande av dubbelbeskattni ng i hemviststaten

1. Om en arvlåtare eller gåvogivare eller en arv- eller gåvotagare hade hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland, undviks dubbelbeskattni ng i Förbundsrepubliken Tyskland på följande sätt:

- a) Om arvlåtaren vid sin död eller givaren vid gåvotillfället hade hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland, avräknar Förbundsrepubliken Tyskland, enligt bestämmelserna i tysk lagstiftning om avräkning av utländsk skatt, från sin skatt den skatt som har erlagts i Sverige för sådan egendom som enligt bestämmelserna i artikel 24 punkterna 1 och 2 får beskattas i Sverige.
- b) Om arv- eller gåvotagare vid arvlåtarens död eller vid gåvotillfället hade hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland, får Förbundsrepubliken Tyskland beskatta sådan persons förvärv enligt bestämmelserna i tysk lagstiftning. Förbundsrepubliken Tyskland skall emellertid, enligt bestämmelserna i tysk lagstiftning om avräkning av utländsk skatt, från sin skatt avräkna den skatt som erlagts i Sverige för all egendom som inte enligt bestämmelserna i artikel 24 punkterna 1 och 2 får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland.

Avräkningsbeloppet får dock inte överstiga den del av den tyska skatten, beräknad före avräkningen, som belöper på den egendom för vilken avräkning skall medges.

2. Om en arvlåtare eller gåvogivare hade hemvist i Sverige, undviks dubbelbeskattni ng i Sverige på följande sätt:

- a) Om arvlåtaren vid sin död eller givaren vid gåvotillfället hade hemvist i Sverige, avräknar Sverige från den enligt svensk lagstiftning fastställda skatten ett belopp motsvarande den skatt som erlagts i Förbundsrepubliken Tyskland för sådan egendom som enligt artikel 24 punkterna 1 och 2 får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland.
- b) Om arv- eller gåvotagare vid arvlåtarens död eller vid gåvotillfället hade hemvist i Sverige enligt svensk rätt, och inte samtidigt hade hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland enligt tysk rätt, får Sverige beskatta sådan persons förvärv enligt bestämmelserna i svensk lagstiftning. Sverige skall emellertid från den enligt svensk lagstiftning fastställda skatten avräkna den skatt som erlagts i Förbundsrepubliken Tyskland på all egendom som enligt bestämmelserna i artikel 24 punkterna 1 och 2 inte får beskattas i Sverige.

Avräkningsbeloppet får dock inte överstiga den del av den svenska skatten, beräknad före avräkningen, som belöper på den egendom för vilken avräkning skall medges.

Artikel 27

Femårsregel

1. Om arvlåtaren vid sin död eller givaren vid gåvotillfället

- a) var medborgare i en avtalsslutande stat utan att samtidigt vara medborgare i den andra avtalsslutande staten, och
- b) beskattas i den förstnämnda staten enligt dess skattelagstiftning på samma sätt som en person med hemvist där, samt

- c) war er in dem anderen Vertragsstaat aufgrund des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe b für die Dauer von nicht mehr als fünf Jahren ansässig gewesen,

so gilt er abweichend von Artikel 4 als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger er war.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Besteuerung eines Erben oder Beschenkten, wenn er in seiner Person im Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt.

Artikel 28

Steuerbefreite Organisationen

(1) Eine deutsche Körperschaft oder Organisation, die ausschließlich religiöse, mildtätige, wissenschaftliche, erzieherische oder öffentliche Zwecke verfolgt, ist für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) in Schweden steuerbefreit, wenn und soweit sie

- a) in der Bundesrepublik Deutschland steuerbefreit ist und
- b) in Schweden steuerbefreit wäre, sofern sie dort organisiert worden und ausschließlich dort tätig wäre.

(2) Eine schwedische Körperschaft oder Organisation, die ausschließlich religiöse, mildtätige, wissenschaftliche, erzieherische oder öffentliche Zwecke verfolgt, ist für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) in der Bundesrepublik Deutschland steuerbefreit, wenn und soweit sie

- a) in Schweden steuerbefreit ist und
- b) in der Bundesrepublik Deutschland steuerbefreit wäre, sofern sie dort organisiert worden und ausschließlich dort tätig wäre.

Abschnitt IV

Beistand in Steuersachen

Artikel 29

Allgemeine Regeln

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten leisten sich gegenseitig Beistand

- a) durch den Austausch von Auskünften,
- b) durch die Unterstützung bei der Beitreibung, einschließlich Sicherungsmaßnahmen, und
- c) bei der Bekanntgabe von Schriftstücken.

(2) Gegenstand des Beistands sind auch Feststellungen und andere Maßnahmen zugunsten des Steuerpflichtigen sowie zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Dies gilt insbesondere bei zeitlich abgestimmten Maßnahmen der Steuerverwaltungen. Kann sich aus Beistandsmaßnahmen eine Doppelbesteuerung ergeben, so ist sie im Rahmen des Artikels 40 einverständlich zu beseitigen.

(3) Finanzgerichte oder andere Stellen, die in den Vertragsstaaten richterliche Aufgaben bei den Steuern im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe c des Abkommens wahrnehmen, können sich unter Beachtung der Regelungen ihres nationalen Rechts auf Ersuchen und unter Vermittlung der zuständigen Behörden nach Maßgabe dieses Abkommens Beistand leisten. Andere Bestimmungen, nach denen sich diese Stellen Beistand leisten können, bleiben unberührt.

(4) Dieses Abkommen läßt die Anwendung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen einschließlich des Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 und der zwischen den Vertragsstaaten hierzu bestehenden bilateralen Vereinbarungen unberührt.

- c) inte enligt bestämmelserna i artikel 4 punkt 1 b) haft hemvist i den andra avtalsslutande staten under en tid av mer än fem år,

anses han, med avvikelse från bestämmelserna i artikel 4, ha hemvist i den avtalsslutande stat där han var medborgare.

2. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas på motsvarande sätt vid beskattningen av arvtagare eller gåvomottagare, om denne själv vid arvfallet eller gåvotillfället uppfyller förutsättningarna enligt bestämmelserna i punkt 1.

Artikel 28

Skattebefriade organisationer

1. En tysk sammanslutning eller organisation, som uteslutande tjänar religiöst, välgörande, vetenskapligt, fostrande eller offentligt ändamål, är, såvitt avser kvarlåtenskaps-, arvs- och gåvoskatt (artikel 2 punkt 1 b), undantagen från beskattning i Sverige om och i den mån den

- a) är undantagen från beskattning i Förbundsrepubliken Tyskland och
- b) skulle ha varit undantagen från beskattning i Sverige om den hade varit bildad och uteslutande verksam där.

2. En svensk sammanslutning eller en svensk organisation, som uteslutande tjänar religiöst, välgörande, vetenskapligt, fostrande eller offentligt ändamål, är, såvitt avser kvarlåtenskaps-, arvs- och gåvoskatt (artikel 2 punkt 1 b), undantagen från beskattning i Förbundsrepubliken Tyskland om och i den mån den

- a) är undantagen från beskattning i Sverige och
- b) skulle ha varit undantagen från beskattning i Förbundsrepubliken Tyskland om den hade varit bildad och uteslutande verksam där.

Kapitel IV

Handräckning i skatteärenden

Artikel 29

Allmänna bestämmelser

1. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna biträder varandra ömsesidigt med handräckning genom

- a) utbyte av upplysningar,
- b) bistånd vid indrivning, vari inbegrips säkringsåtgärder, och
- c) delgivning av handlingar.

2. Syftet med handräckning är att åstadkomma en korrekt taxering och att vidta andra åtgärder till förmån för de skattskyldiga samt att söka undvika dubbelbeskattning. Detta gäller särskilt vid tidsmässigt samordnade åtgärder från skattemyndigheternas sida. Har vidtagna handräckningsåtgärder resulterat i dubbelbeskattning skall denna undanröjas genom samråd inom ramen för artikel 40.

3. Skattedomstolar och andra myndigheter, som i de avtalsslutande staterna handlägger rättsfrågor rörande sådana skatter som avses i artikel 2 punkt 1 c), skall, med beaktande av bestämmelserna i respektive stats interna lagstiftning, på begäran och genom medverkan av de därtill behöriga myndigheterna lämna varandra bistånd i enlighet med bestämmelserna i detta avtal. Andra bestämmelser enligt vilka dessa myndigheter kan lämna bistånd påverkas inte av dessa bestämmelser.

4. Detta avtal påverkar inte tillämpningen av den europeiska konventionen av den 20 april 1959 om inbördes rättshjälp i brottmål inbegripet tilläggsprotokollet av den 17 mars 1978 eller de bilaterala överenskommelser som i anslutning härill gäller mellan de avtalsslutande staterna.

(5) Die üblichen bei der Gewährung des Beistands entstehenden Kosten gehen zu Lasten des ersuchten Staates. Außergewöhnliche bei der Gewährung des Beistands entstehende Kosten gehen zu Lasten des ersuchenden Staates.

Artikel 30

Auskunft auf besonderes Ersuchen

Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats erteilt die zuständige Behörde des ersuchten Staates dem ersuchenden Staat Auskünfte, die in diesem Staat für die zutreffende Festsetzung der Steuern erheblich sein können.

Artikel 31

Auskunft ohne besonderes Ersuchen

(1) Die zuständige Behörde des einen Vertragsstaats kann der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats die in Artikel 30 bezeichneten Auskünfte ohne vorheriges Ersuchen erteilen, wenn Gründe für die Vermutung bestehen, daß

- a) Steuern im anderen Staat verkürzt worden sind oder verkürzt werden könnten;
- b) zum Zwecke der Steuerumgehung Geschäftsbeziehungen über Drittstaaten geleitet worden sind;
- c) insgesamt eine niedrigere Steuerbelastung dadurch eintreten kann, daß Gewinne zwischen nahestehenden Personen nicht wie zwischen nicht nahestehenden Personen abgegrenzt werden;
- d) ein Sachverhalt, aufgrund dessen eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung gewährt worden ist, für den Steuerpflichtigen zu einer Besteuerung oder Steuererhöhung im anderen Staat führen könnte;
- e) ein im Zusammenhang mit der Auskunftserteilung des anderen Staates ermittelter Sachverhalt für die zutreffende Festsetzung der Steuern in diesem Staat erheblich ist.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können sich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts auch ohne besonderes Ersuchen Auskünfte über gleichartige Sachverhalte erteilen, die

- a) die Überlassung ausländischer Arbeitnehmer und Gestaltungen zur Umgehung von Rechtsvorschriften des erteilenden Staates auf diesem Gebiet oder
- b) Einkünfte nicht im erteilenden Staat ansässiger Personen, die durch Angaben im Steuerentlastungsverfahren bekannt werden, oder
- c) Vergütungen der Vorsteuerbeträge in besonderen Verfahren für nicht im erteilenden Staat ansässige Steuerpflichtige

betreffen, um sicherzustellen, daß Steuern nicht verkürzt oder Steuererstattungen und Steuervergütungen nicht zu Unrecht gewährt werden.

Artikel 32

Beitreibung steuerlicher Ansprüche

(1) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats führt der ersuchte Staat vorbehaltlich des Absatzes 5 und des Artikels 33 die Beitreibung der steuerlichen Ansprüche des erstgenannten Staates durch, als handele es sich um seine eigenen steuerlichen Ansprüche.

(2) Absatz 1 gilt nur für steuerliche Ansprüche, die Gegenstand eines im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels sind und die nicht angefochten sind.

(3) Bei steuerlichen Ansprüchen im Zusammenhang mit einem Erblasser oder seinem Nachlaß führt der ersuchte Staat die

5. Sedvanliga kostnader för bistånd med handräckning betalas av den anmodade staten. Kostnader därutöver åligger det den ansökande staten att betala.

Artikel 30

Upplysningar efter särskild framställning

Efter framställning av den behöriga myndigheten i en avtalsslutande stat lämnar den behöriga myndigheten i den anmodade staten till den förstnämnda staten upplysningar som denna stat kan använda vid fastställandet av en korrekt taxering.

Artikel 31

Upplysningar utan särskild framställning

1. Sådana upplysningar som angivits i artikel 30 som den behöriga myndigheten i en avtalsslutande stat har kännedom om kan myndigheten utan föregående framställning meddela den behöriga myndigheten i den andra avtalsslutande staten i fall då det finns anledning att anta att

- a) skatt har påförts eller skulle kunna påföras med för lågt belopp i den andra staten,
- b) affärstransaktioner sker via tredje stat i syfte att undgå skatt,
- c) en lägre sammanlagd skattebelastning kan uppkomma genom att vinst inte fördelas mellan närstående på sätt som mellan icke närstående,
- d) en skattskyldig får sådan nedsättning eller befrielse från skatt i den ena staten som bör föranleda att skatt påförs eller påförs med högre belopp i den andra staten,
- e) upplysningar som den har erhållit från den behöriga myndigheten i den andra avtalsslutande staten har bidragit till att klargöra omständigheter som kan tjäna till ledning för fastställandet av skatt i denna andra stat.

2. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan också utan särskild framställning – under förutsättning av ömsesidighet och i enlighet med de möjligheter till detta som följer av intern lagstiftning – utbyta upplysningar angående likartade sakförhållanden, avseende

- a) uthyrning av utländsk arbetskraft och åtgärder för att kringgå rättsföreskrifter i den uppgiftslämnande staten inom detta område, eller
- b) i den uppgiftslämnande staten icke bosatta personers inkomster, vilka blir kända genom uppgifter som lämnas i samband med förfarande vid nedsättning av skatt, eller
- c) gottgörelse av överskjutande preliminär skatt vid speciella förfaranden för i den uppgiftslämnande staten icke bosatta personer

för att säkerställa att skatt inte sätts ned, återbetalas eller gottgöres på oriktiga grunder.

Artikel 32

Indrivning av skattefordringar

1. Efter framställning av den behöriga myndigheten i en avtalsslutande stat skall den anmodade staten, om inte bestämmelserna i punkt 5 nedan och artikel 33 föranleder annat, vidta åtgärder för att driva in den förstnämnda statens skattefordringar på samma sätt som om de vore dess egna.

2. Bestämmelserna i punkt 1 gäller endast sådan skattefordran beträffande vilken finns en i den ansökande staten giltig verkställighetstitel vilken fordran inte längre kan överklagas.

3. Skyldigheten för den anmodade staten att ge handräckning vid indrivning av skattefordran som avser avliden person eller

Beitreibung derartiger Ansprüche lediglich bis zur Höhe des Wertes des Nachlasses oder desjenigen Teiles des Vermögens durch, der auf jeden Nachlaßbegünstigten entfällt, je nachdem, ob die Ansprüche aus dem Nachlaß oder gegenüber den Nachlaßbegünstigten zu befriedigen sind.

(4) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats trifft der ersuchte Staat zum Zweck der Beitreibung der Steuerbeträge Sicherungsmaßnahmen, selbst wenn gegen die steuerlichen Ansprüche Einspruch eingelegt oder lediglich ein vorläufiger oder zu Sicherungszwecken ausgebrachter Vollstreckungstitel ausgestellt worden ist.

(5) Die steuerlichen Ansprüche, bei deren Beitreibung Unterstützung geleistet wird, genießen in dem ersuchten Staat kein Recht auf bevorzugte Befriedigung, das für steuerliche Ansprüche dieses Staates besonders gewährt wird.

(6) Der ersuchte Staat kann einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zustimmen, wenn sein Recht oder seine Verwaltungspraxis dies in ähnlichen Fällen zuläßt; er unterrichtet den ersuchenden Staat hierüber.

(7) Dem Ersuchen sind beizufügen

- a) eine Erklärung, daß der Anspruch eine unter das Abkommen fallende Steuer betrifft und daß er im Falle eines Beitreibungsersuchens nicht mehr angefochten werden kann;
- b) soweit erforderlich eine amtliche Ausfertigung des im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels; und
- c) die anderen für die Beitreibung oder die Sicherungsmaßnahmen erforderlichen Schriftstücke.

(8) Der im ersuchenden Staat gültige Vollstreckungstitel wird, soweit erforderlich, gemäß den im ersuchten Staat geltenden Bestimmungen nach Eingang des Ersuchens so bald wie möglich anerkannt, ergänzt oder durch einen Vollstreckungstitel des ersuchten Staates ersetzt.

Artikel 33

Verjährungsfristen

(1) Für Fragen im Zusammenhang mit Verjährungsfristen bei steuerlichen Ansprüchen ist ausschließlich das Recht des ersuchenden Staates maßgebend. Das Ersuchen um Beitreibung enthält Angaben über die für die steuerlichen Ansprüche geltenden Verjährungsfristen.

(2) Beitreibungsmaßnahmen, die vom ersuchten Staat aufgrund eines Ersuchens durchgeführt werden und die nach dem Recht dieses Staates die Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen würden, haben nach dem Recht des ersuchenden Staates dieselbe Wirkung. Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen.

Artikel 34

Rechtsbehelf

(1) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchten Staat aufgrund des Artikels 32 ergriffenen Maßnahmen ist nur bei den nach innerstaatlichem Recht zuständigen Behörden dieses Staates einzulegen.

(2) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchenden Staat ergriffenen Maßnahmen, der das Bestehen oder die Höhe des Steueranspruchs oder den Vollstreckungstitel betrifft, ist nur bei den nach innerstaatlichem Recht zuständigen Behörden dieses Staates einzulegen. Der ersuchende Staat unterrichtet den ersuchten Staat unverzüglich davon, daß ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung setzt der ersuchte Staat das Beitreibungsverfahren aus, bis die Entscheidung der zuständigen Behörde vorliegt. Der ersuchte Staat kann jedoch, wenn er vom ersuchenden Staat darum gebeten wird, Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Beitreibung treffen. Jeder Beteiligte kann dem ersuchten Staat ebenfalls mitteilen, wenn ein Rechtsbehelf

dennes dödsbo är begränsad till dödsboets värde respektive värdet av dödsbodelägarnas andelar av dödsboet, beroende på om indrivningen av fordran skall riktas mot dödsboet eller dess delägare.

4. Efter framställning av den behöriga myndigheten i en avtalslutande stat vidtar den anmodade staten åtgärder för att säkerställa indrivningen av skattefordringar, även om dessa har överklagats eller det endast föreligger en interimistisk eller för sättningsåtgärder gällande verkställighetstitel.

5. Skattefordran för vilken handräckning för indrivning lämnas åtnjuter inte i den anmodade staten sådan särskild förmånsrätt som kan tillkomma denna stats egna skattefordringar.

6. Den anmodade staten får bevilja anstånd med betalningen eller medge att denna sker enligt avbetalningsplan, när detta är tillåtet för liknande fall enligt lagstiftning eller administrativ praxis i denna stat. När så sker skall den ansökande staten underrättas om detta.

7. Till framställning om handräckning skall fogas:

- a) en försäkran att skattefordran gäller skatt som omfattas av avtalet och, i det fall framställningen avser indrivning, en försäkran att skattefordran inte längre kan komma att överklagas,
- b) när så behövs, en officiell kopia av den i den ansökande staten giltiga verkställighetstiteln, och
- c) de övriga handlingar som behövs för indrivning eller sättningsåtgärder.

8. En verkställighetstitel som är giltig i den ansökande staten skall om så erfordras snarast möjligt efter det att framställningen har inkommit godkännas, kompletteras eller ersättas med en verkställighetstitel som är giltig i den anmodade staten i enlighet med de bestämmelser som gäller i den anmodade staten.

Artikel 33

Preskription

1. Frågor om preskription av skattekrav avgöres uteslutande med tillämpning av gällande rätt i den ansökande staten. Framställning om indrivning skall innehålla uppgift om när skattefordran preskriberas.

2. Indrivningsåtgärder, som sker i den anmodade staten efter framställning och som enligt lagstiftningen i denna stat uppskjuter eller avbryter preskription, skall ha samma verkan i den ansökande staten. Den anmodade staten underrättar den ansökande staten om åtgärder som vidtas för detta ändamål.

Artikel 34

Rättsliga åtgärder

1. Överklaganden i fråga om åtgärder som den anmodade staten har vidtagit enligt artikel 32 får ske endast hos den myndighet i denna stat som enligt den statens interna rättsordning har att handlägga sådana frågor.

2. Överklaganden i fråga om åtgärder som den ansökande staten har vidtagit, vilka avser förekomsten av skattefordran eller dess storlek eller verkställighetstitel, får ske endast hos den myndighet i denna stat som enligt den statens interna rättsordning har att handlägga sådana frågor. Sker sådana överklaganden skall den ansökande staten ofördröjligen underrätta den anmodade staten, som skall uppskjuta åtgärderna till dess att beslut i ärendet meddelats av den aktuella myndigheten. Den anmodade staten kan dock på begäran av den ansökande staten vidta sättningsåtgärder för att säkerställa indrivningen. Även den som saken angår kan meddela den anmodade staten att rättsliga åtgärder har vidtagits. Sedan sådan underrättelse har inkommit,

eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung konsultiert der ersuchte Staat gegebenenfalls den ersuchenden Staat.

(3) Sobald eine endgültige Entscheidung zu dem Rechtsbehelf ergangen ist, unterrichtet der ersuchende oder der ersuchte Staat den anderen Staat über die Entscheidung und ihre Auswirkungen auf das Beistandsersuchen. Die beiden Staaten werden gegebenenfalls darüber beraten, ob das Beistandsersuchen aufrecht erhalten wird.

Artikel 35

Bekanntgabe von Schriftstücken

(1) Jeder Vertragsstaat kann einer Person im Gebiet des anderen Vertragsstaats Schriftstücke durch die Post unmittelbar zusenden.

(2) Auf Ersuchen stellt der ersuchte Staat dem Empfänger die Schriftstücke einschließlich gerichtlicher Entscheidungen zu, die aus dem ersuchenden Staat stammen und eine unter das Abkommen fallende Steuer betreffen.

(3) Der ersuchte Staat stellt Schriftstücke zu

- a) in einer Form, die sein Recht für die Zustellung im wesentlichen ähnlicher Schriftstücke vorschreibt;
- b) soweit möglich in einer besonderen vom ersuchenden Staat gewünschten Form oder einer dieser am nächsten kommenden Form, die das Recht des ersuchten Staates vorsieht.

(4) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als bewirke es die Nichtigkeit einer durch einen Vertragsstaat in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften vorgenommenen Zustellung, wenn sie im Gegensatz zu den Bestimmungen dieses Artikels steht.

Artikel 36

Grenzen der Verpflichtung zum Beistand

(1) Auskünfte, vorbehaltlich des Artikels 33,

- a) sind nicht zu erteilen,
 - aa) wenn die dazu dienende Amtshandlung in einem Besteuerungsverfahren nach dem Recht eines Staates nicht vorgenommen werden könnte oder einer allgemeinen Verwaltungsanweisung zuwiderlaufen würde;
 - bb) wenn dies bei den Steuern im Sinne dieses Abkommens zu einer Besteuerung führen würde, die diesem Abkommen widerspricht;
 - cc) wenn dies die öffentliche Ordnung beeinträchtigt, insbesondere die Geheimhaltung in einem der Vertragsstaaten nicht im Umfang des Artikels 37 gewährleistet ist;
 - dd) soweit die Gefahr besteht, daß dem Beteiligten durch die Preisgabe eines Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens ein mit dem Zweck der Auskunftserteilung nicht zu vereinbarender Schaden entsteht;
- b) brauchen nicht erteilt zu werden, wenn
 - aa) bei einem Ersuchen Anlaß zu der Annahme besteht, daß der ersuchende Staat die eigenen Ermittlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft hat, obwohl er von ihnen hätte Gebrauch machen können, ohne den Ermittlungszweck zu gefährden;
 - bb) keine Gegenseitigkeit besteht;
 - cc) die Auskünfte nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand erteilt werden könnten;
 - dd) durch die Erteilung der Auskünfte die Finanzbehörden eines Staates die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben ernstlich gefährden würden.

(2) In den anderen Fällen der Beistandsleistung gilt Absatz 1 entsprechend.

skall den anmodade staten, när detta behövs, rådgöra med den ansökande staten.

3. Så snart ett överklagat ärende har slutligt avgjorts, skall den ansökande staten eller den anmodade staten underrätta den andra staten om avgörandet och dess konsekvenser för handräckningsframställningen. Båda staterna skall när anledning därtill föreligger samråda för att avgöra om ansökan om bistånd skall stå kvar.

Artikel 35

Delgivning av handlingar

1. Vardera avtalsslutande staten får sända handlingar direkt per post till en person i den andra avtalsslutande staten.

2. Efter framställning skall den anmodade staten delge adressaten sådana handlingar, rättsliga avgöranden häri inbegripna, som härrör från den ansökande staten och som avser skatt som omfattas av detta avtal.

3. Den anmodade staten ombesörjer delgivning

- a) på det sätt som föreskrivs i dess egen lagstiftning i fråga om handlingar av väsentligen samma slag,
- b) när så kan ske, på det särskilda sätt som begärts av den ansökande staten eller på det närmast liknande sätt som är möjligt enligt lagstiftningen i den anmodade staten.

4. Detta avtal medför inte att en delgivning, som en avtalsslutande stat har ombesörjt i enlighet med sin egen lagstiftning, skall anses sakna verkan, om den sker på ett sätt som strider mot bestämmelserna i denna artikel.

Artikel 36

Begränsningar i skyldigheten att lämna handräckning

1. Om inte annat följer av artikel 33,

- a) skall upplysningar inte lämnas
 - 1) när de erforderliga tjänsteåtgärderna inte kan vidtas i ett skatteärende enligt en stats rättsordning utan att en allmän föreskrift om handläggningen åsidosätts,
 - 2) när detta beträffande skatt som omfattas av avtalet skulle medföra en mot avtalet stridande beskattning,
 - 3) när detta skulle skada allmän ordning, särskilt i det fall en avtalsslutande stats sekretesskydd inte är tillförlitligt i den utsträckning som föreskrivs i artikel 37,
 - 4) om risk föreligger att den som berörs genom att affärs-, industri-, handels- eller yrkeshemlighet eller i näringsverksamhet använt förfarande röjs skulle åsamkas skada som inte är rimlig med hänsyn till uppgiftslämnandets syfte;
 - b) föreligger inte skyldighet att lämna upplysningar
 - 1) om en framställning ger anledning anta, att den ansökande staten inte prövat alla de möjligheter som står till dess förfogande fastän detta hade varit möjligt utan att äventyra syftet med efterforskningen,
 - 2) om det inte föreligger ömsesidighet,
 - 3) i det fall den anmodade staten endast med oproportionerligt stora insatser kan lämna upplysningarna,
 - 4) i det fall skattemyndigheterna i en stat genom att lämna upplysningarna i fråga skulle allvarligt äventyra sina egna åligganden.
2. Vid annat bistånd med handräckning skall punkt 1 äga motsvarande tillämpning.

(3) Beträffar en Beistandshandlung einen Sachverhalt, der in den Bestimmungen der Abschnitte II, III und IV geregelt ist, so kann sie von einer vorherigen Einigung über ein bindendes Schiedsverfahren im Sinne des Artikels 41 Absatz 5 Satz 2 abhängig gemacht werden.

Artikel 37 Geheimhaltung

(1) Die Auskünfte, die ein Vertragsstaat nach diesem Abkommen erhalten hat, sind ebenso wie Kenntnisse des Staates aufgrund seines innerstaatlichen Rechts oder nach den strengeren Vorschriften des die Auskünfte erteilenden Staates geheimzuhalten.

(2) Diese Auskünfte dürfen nur für Zwecke der Steuerfestsetzung, der Überprüfung der Steuerfestsetzung durch die Aufsichtsbehörden oder der Rechnungsprüfung verwendet werden und nur solchen Personen offenbart werden, die mit diesen Aufgaben unmittelbar befaßt sind. Dies gilt auch, wenn nach dem innerstaatlichen Recht des empfangenden oder erteilenden Staates eine weitergehende Verwendung oder Offenbarung zugelassen ist, es sei denn, die zuständige Behörde des jeweils anderen Staates stimmt zu. Die Auskünfte dürfen auch in einem gerichtlichen Verfahren oder in einem Straf- oder Bußgeldverfahren für Zwecke dieser Verfahren unmittelbar an diesen Verfahren beteiligten Personen offenbart werden, wenn diese Verfahren im Zusammenhang mit der Steuerfestsetzung oder der Überprüfung der Steuerfestsetzung stehen. Sie dürfen in öffentlichen Gerichtsverhandlungen oder bei der öffentlichen Verkündung von Urteilen nur bekanntgegeben werden, wenn die zuständige Behörde des die Auskünfte erteilenden Staates keine Einwendungen erhebt. Entsprechendes gilt in den anderen Fällen der Beistandsleistung.

(3) Die von einem Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat erteilten Auskünfte können von diesem nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde des erstgenannten Staates an einen Drittstaat übermittelt werden, wenn dort derselbe Geheimhaltungsschutz gewährleistet ist.

(4) Die Vertragsstaaten weisen durch geeignete Aufdrucke auf den besonderen Geheimhaltungsschutz hin.

Abschnitt V Schutz des Steuerpflichtigen und Verständigung

Artikel 38 Verbot der Diskriminierung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtungen unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 2 Absatz 4 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren

3. Om handräckningsåtgärd avser omständighet som regleras av bestämmelserna i kapitlen II, III och IV, kan åtgärder göras beroende av att enighet nåtts om ett bindande skiljedomsförfarande enligt artikel 41, punkt 5, andra meningen.

Artikel 37 Sekretess

1. Upplýsingar som en avtalsslutande stat erhållit enligt detta avtal skall behandlas såsom hemliga på samma sätt som upplýsingar som erhållits i den staten enligt dess interna lagstiftning eller i enlighet med sekretessbestämmelserna i den stat som lämnar upplýsingarna, om dessa bestämmelser är mer restriktiva.

2. Upplýsingarna får endast användas för sådana ändamål som fastställande av skatt, prövning som överordnad myndighet företar av påfordrad skatt eller revision och endast yppas för sådana personer som direkt handlägger dessa uppgifter. Detta gäller också om den stat som mottagit uppgifterna eller den stat som lämnat uppgifterna enligt dess interna rätt har en mer vidsträckt rätt att använda eller offentliggöra upplýsingar såvida inte de behöriga myndigheterna i den andra staten vid varje tillfälle ger tillåtelse. Upplýsingar av betydelse för förbandet eller processen får också omedelbart offentliggöras för berörda personer i ett rättsligt förfarande eller i en brottmålsprocess eller i ett förfarande för att förelägga vite, om förbandet eller processen har samband med fastställande av skatt eller prövning av sådant fastställande. De får offentliggöras i offentliga förhandlingar inför domstol eller vid offentliggörandet av domar endast om de behöriga myndigheterna i den uppgiftslämnande staten inte invänder däremot.

Vid annat bistånd med handräckning skall motsvarande gälla.

3. Upplýsingar som en avtalsslutande stat har lämnat till den andra avtalsslutande staten får av den senare överlämnas till en tredje stat under förutsättning att den behöriga myndigheten i den förstnämnda staten i förväg samtycker därtill samt att uppgifterna ges samma sekretesskydd i denna tredje stat.

4. De avtalsslutande staterna skall genom lämplig påstämpling ange det särskilda sekretesskyddet.

Kapitel V Skydd för den skattskyldige och ömsesidig överenskommelse

Artikel 38 Förbud mot diskriminering

1. Medborgare i en avtalsslutande stat skall inte i den andra avtalsslutande staten bli föremål för beskattning eller därmed sammanhängande krav som är av annat slag eller mer tyngande än den beskattning och därmed sammanhängande krav som medborgare i denna andra stat under samma förhållanden är eller kan bli underkastad. Utan hinder av bestämmelserna i artikel 2 punkt 4 tillämpas denna bestämmelse även på person som inte har hemvist i någon av de avtalsslutande staterna.

2. Beskattningen av fast driftställe, som företag i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, skall i denna andra stat inte vara mindre fördelaktig än beskattningen av företag i denna andra stat, som bedriver verksamhet av samma slag. Denna bestämmelse innebär inte skyldighet för en avtalsslutande stat att medge person med hemvist i den andra avtalsslutande staten sådant personligt avdrag vid beskattningen, sådan skattebefrielse eller skattenedsättning som medges person med hemvist i den egna staten.

3. Utom i de fall då bestämmelserna i artikel 9 punkt 1, artikel 11 punkt 4 eller artikel 12 punkt 4 tillämpas, är ränta, royalty och

und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 39 Konsultation

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens im allgemeinen oder im Einzelfall entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie in Fällen, die im Abkommen nicht behandelt sind, eine Doppelbesteuerung vermieden werden kann oder wie durch eine besondere Vereinbarung Fragen geklärt werden, die im Zusammenhang mit den Steuern im Sinne des Abkommens stehen und die sich durch unterschiedliche Maßstäbe der Vertragsstaaten für die Besteuerungsgrundlagen oder aus anderen Gründen ergeben. Sie können sich ferner beraten, um andere Schwierigkeiten, die sich aus Unterschieden ihrer Steuerrechte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen, und der internationalen Steuerverkürzung und -umgehung zu begegnen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können im Wege der Konsultation Vereinbarungen treffen, um

- künftige Zweifel zu klären, für welche Steuern das Abkommen nach seinem Artikel 2 Absatz 3 gilt;
- festzulegen, wie die Begrenzungsbestimmungen des Abkommens, insbesondere der Artikel 10 bis 12, durchzuführen sind.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können gemeinsam über allgemeine Regelungen beraten, um auf der Grundlage des Abkommens den Anspruch der Steuerpflichtigen auf abgestimmte Anwendung des Abkommens in beiden Staaten durch gemeinsame Auslegungen oder durch besondere Verfahren zu sichern.

Artikel 40 Verständigung

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 38 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertrags-

staats annan betalning från företag i en avtalsslutande stat till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten avdragsgilla vid bestämmandet av den beskattningsbara inkomsten för sådant företag på samma villkor som betalning till person med hemvist i den förstnämnda staten. På samma sätt är skuld som företag i en avtalsslutande stat har till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten avdragsgill vid bestämmandet av sådant företags beskattningsbara förmögenhet på samma villkor som skuld till person med hemvist i den förstnämnda staten.

4. Företag i en avtalsslutande stat, vars kapital helt eller delvis ägs eller kontrolleras, direkt eller indirekt, av en eller flera personer med hemvist i den andra avtalsslutande staten, skall inte i den förstnämnda staten bli föremål för beskattning eller därmed sammanhängande krav som är av annat slag eller mer tyngande än den beskattning och därmed sammanhängande krav som annat liknande företag i den förstnämnda staten är eller kan bli underkastat.

5. Utan hinder av bestämmelserna i artikel 2 tillämpas bestämmelserna i förevarande artikel på skatter av varje slag och beskaffenhet.

Artikel 39 Överläggningar

1. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna skall genom ömsesidig överenskommelse söka avgöra svårigheter eller tvivelsmål som uppkommer i fråga om tolkningen eller tillämpningen av avtalet i allmänhet eller i enskilda fall. De kan även rådgöra med varandra hur dubbelbeskattning skall undvikas i fall som inte omfattas av avtalet eller hur man genom särskild överenskommelse skall lösa frågor som har samband med de skatter som avses i avtalet och som uppkommer på grund av olikheter i de avtalsslutande staternas principer för att bestämma beskattningsunderlaget eller av andra skäl. De kan vidare rådgöra för att lindra eller undanröja andra svårigheter som uppkommer på grund av olikheter i skattelagstiftningarna samt för att bekämpa internationellt skatteundandragande eller internationell skatteflykt.

2. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan överlägga och ingå överenskommelser för att

- undanröja framtida tvivel om vilka skatter som omfattas av avtalet enligt artikel 2 punkt 3,
- bestämma hur avtalets bestämmelser om begränsningar, särskilt de i artiklarna 10–12, skall genomföras.

3. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan tillsammans rådgöra om generella bestämmelser för att på grundval av avtalet uppfylla de skattskyldigas anspråk på en likformig tillämpning av avtalet i båda staterna genom gemensam tolkning eller genom särskilt förfarande.

Artikel 40 Ömsesidig överenskommelse

1. Om en person anser att en avtalsslutande stat eller båda avtalsslutande staterna vidtagit åtgärder som för honom medför eller kommer att medföra beskattning som strider mot bestämmelserna i detta avtal, kan han, utan att detta påverkar hans rätt att använda sig av de besvärsmöjligheter som finns i dessa staters interna rättsordning, framlägga saken för den behöriga myndigheten i den avtalsslutande stat där han har hemvist eller, om fråga är om tillämpning av artikel 38 punkt 1, i den avtalsslutande stat där han är medborgare.

2. Om den behöriga myndigheten finner invändningen grundad men inte själv kan få till stånd en tillfredsställande lösning, skall myndigheten söka lösa frågan genom ömsesidig överenskommelse med den behöriga myndigheten i den andra avtalsslutande

staats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander nach Artikel 39 oder nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels insbesondere konsultieren, um nach Möglichkeit eine Einigung darüber zu erreichen, daß

- a) Gewinn, der auf ein Unternehmen eines Vertragsstaats und auf seine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte entfällt, übereinstimmend zugerechnet wird;
- b) Gewinne verbundener Unternehmen im Sinne des Artikels 9 Absatz 1 übereinstimmend abgegrenzt werden;
- c) Einkünfte, die im Quellenstaat den Einkünften aus Anteilen an Gesellschaften steuerlich gleichgestellt sind, im anderen Staat als Einkünfte aus Ausschüttungen auf Beteiligungen an Kapitalgesellschaften behandelt werden;
- d) Schulden bei den Steuern vom Vermögen, von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen übereinstimmend behandelt werden.

Artikel 41

Verfahren

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der Artikel 39 und 40 unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

(3) Die zuständigen Behörden können gemeinschaftlich ein unabhängiges Gremium beauftragen, eine gutachterliche Äußerung zu einer Frage abzugeben, die sie diesem Gremium vorlegen.

(4) Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so sind die Betroffenen zu hören; sie haben das Recht, eigene Anträge zu stellen.

(5) Für die Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten aus diesem Abkommen gelten die Bestimmungen der Kapitel I, II und IV des Europäischen Übereinkommens vom 29. April 1957 zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten. Die Vertragsstaaten können jedoch vereinbaren, anstelle der dort vorgesehenen Verfahren ein Schiedsgericht anzurufen, dessen Entscheidung für sie bindend ist. Dieses Schiedsgericht soll aus Berufsrichtern der Vertragsstaaten oder dritter Staaten oder internationaler Organisationen bestehen. Sein Verfahren wird nach den für Schiedsverfahren international anerkannten Grundsätzen geregelt. Den Beteiligten ist volles rechtliches Gehör und das Recht zur Stellung eigener Anträge zu geben. Die Entscheidung ergeht auf der Grundlage der zwischen den Vertragsstaaten geltenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts; eine Entscheidung ex aequo et bono ist nicht zulässig. Solange eine Einigung über die Anrufung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts sowie über dessen Verfahrensregeln noch nicht zustande gekommen ist, bleibt es jedem der Vertragsstaaten unbenommen, nach Satz 1 vorzugehen.

Abschnitt VI

Besondere Bestimmungen

Artikel 42

Luftfahrtkonsortien

(1) Hinsichtlich des schwedisch-dänisch-norwegischen Luftfahrtkonsortiums „Scandinavian Airlines System“ gilt folgendes:

- a) für die Gewinne des Konsortiums, seine Veräußerungsgewinne sowie für Vermögen, die auf den schwedischen Teil-

steten in syfte att undvika beskattning som strider mot avtalet. Överenskommelse som träffats genomförs utan hinder av tidsgränser i de avtalsslutande staternas interna lagstiftning.

3. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan överlägga med varandra enligt artikel 39 eller överlägga särskilt enligt föregående bestämmelser i denna artikel för att såvitt möjligt nå enighet om

- a) beräkningen av vinst som tillfaller ett företag i en avtalsslutande stat och dess fasta driftställe i den andra avtalsslutande staten,
- b) fördelningen av vinst mellan sådana företag med intressegemenskap som avses i artikel 9 punkt 1,
- c) behandlingen av inkomst som i källstaten vid beskattningen jämföras med inkomst av andel i bolag och som i den andra staten anses utgöra utdelning på andelar i aktiebolag ("Kapitalgesellschaft"),
- d) behandlingen av skulder vid beskattningen av förmögenhet, kvarlåtenskap, arv och gåva.

Artikel 41

Förfarande

1. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan träda i direkt förbindelse med varandra i syfte att träffa överenskommelse i de fall som avses i artiklarna 39 och 40.

2. Om muntliga överläggningar anses underlätta en överenskommelse, kan sådana överläggningar äga rum inom en kommission som består av representanter för de behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna.

3. De behöriga myndigheterna kan gemensamt uppdraga åt ett fristående organ att avge ett expertutlåtande i ärende som de förelägger detta organ.

4. Avser detta förfarande ett enskilt ärende, skall de personer som berörs av ärendet höras. Dessa har rätt att framställa egna yrkanden.

5. För att lösa folkrättsliga tvister på grund av detta avtal tillämpas bestämmelserna i kapitel I, II, och IV i Europakonventionen den 29 april 1957 om fredlig lösning av tvister. De avtalsslutande staterna kan emellertid komma överens om att, i stället för det i konventionen anvisade förfarandet, tillsätta en skiljenämnd, vars beslut är bindande för staterna. Sådan skiljenämnd skall vara sammansatt av yrkesdomare från de avtalsslutande staterna, från tredje stat eller från internationella organisationer. Förfarandet i nämnden regleras av de internationellt vedertagna principer som gäller för skiljemannaförfarande. De personer som berörs av ärende i nämnden har rätt att föra talan och rätt att framställa egna yrkanden. Nämndens beslut sker på grundval av mellan de avtalsslutande staterna gällande fördrag och allmän folkrätt. Beslut "ex aequo et bono" är inte tillåtna. Så länge enighet inte nåts om att vädja till skiljenämnd och om dess sammansättning eller förfaranderegler, är vardera staten oförhindrad att förfara enligt första meningen.

Kapitel VI

Särskilda bestämmelser

Artikel 42

Luftfartskonsortier

1. Beträffande det svensk-dansk-norska luftfartskonsortiet Scandinavian Airlines System gäller följande:

- a) Bestämmelserna i artikel 8, artikel 13 punkt 3 och artikel 22 punkt 3 tillämpas beträffande den rörelseinkomst, realisations-

haber des Konsortiums entfallen, gelten die Bestimmungen des Artikels 8, des Artikels 13 Absatz 3 und des Artikels 22 Absatz 3;

- b) Vergütungen für unselbständige Arbeit, die von einer in Schweden ansässigen Person an Bord eines im internationalen Verkehr betriebenen Luftfahrzeugs des Konsortiums ausgeübt wird, können nur in Schweden besteuert werden.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten entsprechend, falls die Bundesrepublik Deutschland oder die Lufthansa AG einem entsprechenden Konsortium beitreten.

Artikel 43

Abkommensanwendung in besonderen Fällen

(1) Der Wohnsitzstaat vermeidet die Doppelbesteuerung anstelle einer nach Artikel 23 zu gewährenden Steuerbefreiung durch eine Steueranrechnung nach den Grundsätzen des genannten Artikels,

- a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Abschnitt V regeln läßt und
- aa) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte doppelt besteuert würden oder
- bb) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden, oder
- b) wenn er nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert hat, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst ab dem ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als

- a) könne nach ihm die Steuerpflicht in einem Vertragsstaat durch den Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts umgangen werden;
- b) hindere es die Bundesrepublik Deutschland daran, ihre Steuern auf Beträge zu erheben, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes dem Einkommen einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person zuzurechnen sind;
- c) hindere es Schweden daran, seine Steuern aufgrund von Vorschriften zu erheben, die den in Buchstabe b genannten Vorschriften nach Ziel und Wirkung entsprechen.

Wenn die vorstehenden Bestimmungen zu einer Doppelbesteuerung führen, beraten die zuständigen Behörden gemäß Artikel 40 Absatz 3 über die Vermeidung der Doppelbesteuerung.

(3) Im Sinne der Artikel 10 bis 12 gilt eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Nutzungsberechtigter von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, wenn sie nach der Gesetzgebung dieses Staates dieser Person steuerlich zuzurechnen sind. Diese Person ist jedoch nicht Nutzungsberechtigter, wenn nach dem Recht des anderen Staates diese Einkünfte steuerlich anderen Personen zuzurechnen sind, denen die Nutzung für diese Einkünfte zusteht und die nicht in dem erstgenannten Staat ansässig sind.

Artikel 44

Inanspruchnahme von Ermäßigungen und Befreiungen

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen

vinst och förmögenhet som är hänförlig till den svenske delägaren i konsortiet.

- b) Ersättning för arbete som en person med hemvist i Sverige utför ombord på luftfartyg i internationell trafik som tillhör konsortiet beskattas endast i Sverige.

2. Bestämmelserna i punkt 1 gäller i motsvarande mån i det fall Förbundsrepubliken Tyskland eller Lufthansa AG bildar ett motsvarande konsortium.

Artikel 43

Kvalifikationskonflikter

1. Henviststaten undviker dubbelbeskattning genom avräkning enligt de principer som anges i artikel 23 i stället för att medge skattebefrielse när

- a) de avtalslutande staterna i fråga om inkomst eller förmögenhet tillämpar sinsemellan olika bestämmelser i avtalet eller inkomst eller förmögenhet tillgodoräknas olika personer, utom i fall som avses i artikel 9, och dessa olikheter i tillämpningen inte kan undanröjas genom ett förfarande enligt kapitel V, och
- 1) om de ifrågavarande inkomsterna eller förmögenhetstillgångarna blir dubbelbeskattade på grund av dessa olikheter i tillämpningen, eller
- 2) om de ifrågavarande inkomsterna eller förmögenhetstillgångarna blir obeskattade eller för lågt beskattade på grund av dessa olikheter i tillämpningen, eller

- b) henviststaten efter vederbörlig konsultation och med förbehåll för inskränkningar i sin interna rätt på diplomatisk väg har underrättat den andra avtalslutande staten om andra inkomster på vilka man avser att tillämpa detta stycke. Underrättelsen får verkan från och med den första dagen i det kalenderår som följer närmast efter det år då underrättelsen överlämnats och alla rättsliga förutsättningar enligt lagstiftningen i den underrättande staten uppfyllts för att underrättelsen skall bli verksamt.

2. Detta avtal skall inte tolkas så

- a) att någon kan undgå skattskyldighet i en avtalslutande stat genom missbruk av de möjligheter till tolkning av avtalet som intern lagstiftning medger,
- b) att det hindrar Förbundsrepubliken Tyskland att ta ut skatt på belopp som inräknas i den inkomst som person med hemvist i Förbundsrepubliken uppbär i enlighet med del fyra i den tyska "Außensteuergesetz",
- c) att det hindrar Sverige att ta ut skatt enligt bestämmelser med samma syfte och verkan som de i punkt b) nämnda bestämmelserna.

I fall då dessa bestämmelser föranleder dubbelbeskattning skall de behöriga myndigheterna enligt bestämmelserna i artikel 40 punkt 3 överlägga om undvikande av dubbelbeskattning.

3. En person med hemvist i en avtalslutande stat skall vid tillämpningen av artiklarna 10–12 anses ha rätt till utdelning, ränta eller royalty om han enligt lagstiftningen i denna stat är den person som i beskattningshänseende anses ha förvärvat inkomsten. Sådan person skall emellertid inte anses ha rätt till ersättningen, när ersättningen enligt lagstiftningen i den andra staten i beskattningshänseende anses ha tillfallit andra personer som kunnat tillgodogöra sig inkomsten och som inte har hemvist i den förstnämnda staten.

Artikel 44

Villkor för skattelindring och skattebefrielse

1. Om i en avtalslutande stat källskatt uttas på utdelning, ränta, royalty eller annan inkomst som betalas till person med hemvist i

Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünften im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg (an der Quelle) erhobene Steuer ist jedoch auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt. Der Empfänger kann jedoch die unmittelbare Anwendung des Abkommens im Zeitpunkt der Zahlung beantragen, wenn das innerstaatliche Recht des betreffenden Staates dies zuläßt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Zahlung der Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Die Steuerpflichtigen müssen jedem nach Absatz 1 eingereichten Antrag eine Wohnsitzbestätigung von den Steuerbehörden des Vertragsstaats beifügen, in dem sie ansässig sind.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

Artikel 45

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögenswerte wegen solcher Vorrechte im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 wird eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung ist, welche ein Vertragsstaat im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat hat, für Zwecke des Abkommens als eine im Entsendestaat ansässige Person angesehen, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht besteuert wird und
- b) im Entsendestaat mit ihrem Welteinkommen denselben steuerlichen Verpflichtungen unterliegt wie eine dort ansässige Person.

(4) Das Abkommen gilt nicht für zwischenstaatliche Organisationen, ihre Organe oder Beamten sowie nicht für Mitglieder diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates und ihnen nahestehende Personen, die in einem Vertragsstaat anwesend sind, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie dort ansässige Personen behandelt werden.

Abschnitt VII

Schlußbestimmungen

Artikel 46

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Stockholm ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden in beiden Vertragsstaaten

den andern avtalsslutande staten, påverkar inte bestämmelserna i detta avtal den förnämnda statens rätt att ta ut skatt enligt den skattesats som bestäms i denna stats interna bestämmelser. Den vid källan innehållna skatten skall emellertid efter ansökan av den skattskyldige återbetalas när och i den omfattning som nämnda skatt reduceras eller bortfaller enligt detta avtal. Mottagaren kan likväl begära att avtalets bestämmelser om begränsning av skattskyldighet skall tillämpas direkt vid tidpunkten för inkomstens utbetalning i den mån ett sådant förfarande är möjligt enligt den berörda statens interna bestämmelser.

2. Ansökan om återbetalning av innehållen källskatt på utdelning, ränta, royalty eller annan inkomst måste göras före utgången av det fjärde kalenderåret efter det år då utbetalningen gjordes.

3. En skattskyldig måste till varje ansökan enligt punkt 1 bifoga ett bosättningsintyg utfärdat av skattemyndigheterna i den avtalsslutande stat där han har hemvist.

4. De behöriga myndigheterna kan genom ömsesidig överenskommelse fastställa hur bestämmelserna i denna artikel skall genomföras samt om hur andra skattelindringar och skattebefrielser enligt detta avtal skall genomföras.

Artikel 45

Diplomatiska företrädare och konsulära tjänstemän

1. Bestämmelserna i detta avtal berör inte de privilegier vid beskattningen som enligt folkrättens allmänna regler eller bestämmelser i särskilda överenskommelser tillkommer person som tillhör diplomatisk beskickning, konsulat eller internationell organisation.

2. I den mån inkomst eller förmögenhetstillgång på grund av sådana privilegier inte beskattas i den mottagande staten, tillkommer beskattningsrätten den sändande staten.

3. Utan hinder av bestämmelserna i artikel 4 anses en fysisk person, som tillhör diplomatisk beskickning eller konsulat som en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten eller i tredje stat, ha hemvist i den sändande staten vid tillämpningen av avtalet, om

- a) han enligt folkrättens allmänna regler inte är skattskyldig i den mottagande staten för inkomst från källa utanför denna stat och
- b) han i den sändande staten är underkastad samma skyldigheter i fråga om skatt på hela sin världsvida inkomst som person med hemvist i denna stat.

4. Avtalet tillämpas inte på mellanstatliga organisationer, dess organ eller tjänstemän och inte heller på en person som tillhör en tredje stats diplomatiska beskickning eller konsulat – eller närstående till sådan person – och som vistas i en avtalsslutande stat utan att i någondera avtalsslutande staten vid beskattningen för inkomst och för förmögenhet behandlas som person med hemvist där.

Kapitel VII

Slutbestämmelser

Artikel 46

Inkraftträdande

1. Detta avtal skall ratificeras och ratifikationshandlingarna skall utväxlas i Stockholm snarast möjligt.

2. Detta avtal träder i kraft en månad efter det att ratifikationshandlingarna har utväxlats och tillämpas i båda avtalsslutande staterna

- a) bei den Steuern vom Einkommen auf Einkommen, das in Zeiträumen ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erzielt wird, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei den Steuern vom Vermögen auf die Steuern, die für Vermögenswerte erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorhanden sind, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei der Erbschaftsteuer auf Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gestorben sind, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;
- c) bei Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Abweichend von den Vorschriften dieses Abkommens gilt für Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 3, die zwischen dem 1. Januar 1990 und dem 31. Dezember 1991 gezahlt werden, folgendes:

- a) bei Dividenden, die von einer in Schweden ansässigen Aktiengesellschaft gezahlt werden, ist der Steuersatz anzuwenden, der in Artikel 9 Absätze 3 und 4 des Abkommens vom 17. April 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener anderer Steuern in der Fassung des Protokolls vom 22. September 1978 vorgesehen ist;
- b) bei Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft gezahlt werden, darf die Steuer 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

Für Dividenden dieser Art, die nach dem 31. Dezember 1991 gezahlt werden, gelten die Vorschriften dieses Abkommens.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten

- a) das Abkommen vom 17. April 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener anderer Steuern in der Fassung des Protokolls vom 22. September 1978,
- b) das Abkommen vom 14. Mai 1935 zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschaftsteuern und
- c) der Vertrag vom 14. Mai 1935 zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen

außer Kraft; sie sind aber noch anzuwenden auf Einkommen, Vermögen, Nachlässe, Schenkungen und Beistandshandlungen, für die dieses Abkommen nicht gilt.

Artikel 47

Außerkräfttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden in beiden Staaten

- a) bei den Steuern vom Einkommen auf das Einkommen, das für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erzielt wird, das auf das Kündigungsjahr folgt, und bei den Steuern vom Vermögen auf die Steuern, die für Vermögenswerte erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorhanden sind, das auf das Kündigungsjahr folgt;

- a) betreffende Einkommsteuern, auf Einkommen, das mit dem 1. Januar des Kalenderjahrs erzielt wird, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei den Steuern vom Vermögen auf die Steuern, die für Vermögenswerte erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorhanden sind, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;

- b) betreffende Erbschaftsteuer, auf Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gestorben sind, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;

- c) betreffende Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

3. Med avvikelse från bestämmelserna i detta avtal gäller beträffande utdelning som avses i artikel 10 punkt 3, vilken betalas mellan den 1 januari 1990 och den 31 december 1991 följande.

- a) Beträffande utdelning som betalas av ett i Sverige hemmahörande aktiebolag tillämpas fortfarande den skattesats som anges i artikel 9 punkterna 3 och 4 i avtalet den 17 april 1959 mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet ävensom beträffande vissa andra skatter, i dess lydelse enligt protokollet den 22 september 1978.
- b) Beträffande utdelning som utbetalas av ett i Förbundsrepubliken Tyskland hemmahörande "Kapitalgesellschaft" får skatten inte överstiga 10 procent av utdelningens bruttobelopp.

Beträffande utdelning av detta slag som betalas efter den 31 december 1991 gäller bestämmelserna i detta avtal.

4. Vid ikraftträdandet av avtalet skall

- a) avtalet den 17 april 1959 mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet ävensom beträffande vissa andra skatter, i dess genom protokollet den 22 september 1978 ändrade lydelse,
- b) avtalet den 14 maj 1935 mellan Tyska Riket och Konungariket Sverige för undvikande av dubbelbeskattning å kvarlåtenskap, och
- c) avtalet den 14 maj 1935 mellan Tyska Riket och Konungariket Sverige angående handräckning i beskattningsärenden upphöra att gälla.

Avtalen skall dock alltjämt tillämpas i fråga om inkomst, förmögenhet, kvarlåtenskap, gåva och handräckningsåtgärd på vilka föreskrivande avtal inte är tillämpligt.

Artikel 47

Upphörande

Detta avtal förblir i kraft utan tidsbegränsning, men envar av de avtalsslutande staterna kan, senast den 30 juni under något kalenderår som infaller sedan fem år förflytit räknat från dagen för ikraftträdandet, på diplomatisk väg skriftligen säga upp avtalet hos den andra avtalsslutande staten. I händelse av sådan uppsägning skall avtalet inte längre tillämpas i någon av staterna

- a) beträffande inkomstskatt, på inkomst som förvärfvas från och med den 1 januari kalenderåret närmast det då uppsägning skedde och beträffande skatt på förmögenhet, på skatt som tas ut på förmögenhetstillgångar som innehas den 1 januari kalenderåret närmast efter det då uppsägning skedde eller senare,

- b) bei der Erbschaftsteuer auf Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das auf das Kündigungsjahr folgt, und auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;
- c) bei Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.
- b) beträffande arvsskatt, på kvarlåtenskap efter person som avlider den 1 januari kalenderåret närmast efter det då uppsägning skedde eller senare och beträffande gåva som sker den 1 januari nämnda kalenderår eller senare,
- c) beträffande handräckning, som verkställs den 1 januari kalenderåret närmast efter det då uppsägning skedde eller senare.

Geschehen zu Bonn am 14. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Som skedde i Bonn den 14 juli 1992 i två exemplar på tyska och svenska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

Für die Bundesrepublik Deutschland
För Förbundsrepubliken Tyskland

Dr. Theo Waigel

Dr. Hartmut Hillgenberg

Für das Königreich Schweden
För Konungariket Sverige

Torsten Örn

Anlage
zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern

Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

1. In der Bundesrepublik Deutschland:

Abschnitt II

- a) die Einkommensteuer,
- b) die Körperschaftsteuer,
- c) die Vermögensteuer,
- d) die Gewerbesteuer,
- e) die Grundsteuer,

Abschnitt III

die Erbschaftsteuer (Schenkungssteuer),

Abschnitt IV

- a) die Steuern der Abschnitte II und III,
- b) die Umsatzsteuer,
- c) die Grunderwerbsteuer,
- d) die Getränkesteuer,
- e) die Vergnügungssteuer,
- f) die Kraftfahrzeugsteuer,
- g) die Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten.

2. In Schweden:

Abschnitt II

- a) die staatliche Einkommensteuer (einschließlich der Kuponsteuer und der Seemannsteuer),
- b) die staatliche besondere Einkommensteuer für beschränkt Steuerpflichtige,
- c) die staatliche besondere Einkommensteuer für beschränkt steuerpflichtige Künstler,
- d) die Gemeindeeinkommensteuer,
- e) die staatliche Vermögensteuer,
- f) die Grundsteuer,

Abschnitt III

die Erbschaft- und Schenkungssteuer,

Abschnitt IV

- a) die Steuern der Abschnitte II und III,
- b) die Mehrwertsteuer,
- c) die Steuer auf die Veräußerung von Kraftfahrzeugen,
- d) die Steuer auf Charterflüge,
- e) die Straßenverkehrssteuer,
- f) die Straßenverkehrssteuer auf bestimmte Fahrzeuge, die nicht in Schweden zugelassen sind,
- g) die Steuerzuschläge, Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten.

Bilaga
till avtalet mellan Förbundsrepubliken Tyskland
och Konungariket Sverige
för att undvika dubbelbeskattning
beträffande skatter på inkomst och förmögenhet
och på arv och gåva
samt för att lämna ömsesidig handräckning vid beskattning

De för närvarande utgående skatter, på vilka avtalet tillämpas, är:

1. I Förbundsrepubliken Tyskland:

Kapitel II

- a) Inkomstskatten,
- b) bolagsskatten,
- c) förmögenhetsskatten,
- d) näringsskatten,
- e) fastighetsskatten,

Kapitel III

Arvsskatten (gåvoskatten)

Kapitel IV

- a) Skatterna enligt kapitel II och III,
- b) omsättningsskatten,
- c) jordförvärvsskatten,
- d) dryckesskatten,
- e) nöjesskatten,
- f) motorfordonsskatten,
- g) förseningstillägg, dröjsmållstillägg, ränta och kostnader.

2. I Sverige

Kapitel II

- a) Den statliga inkomstskatten, kupongskatten och sjömansskatten här inbegripna,
- b) den särskilda inkomstskatten för utomlands bosatta,
- c) den särskilda inkomstskatten för utomlands bosatta artister m.fl.
- d) kommunalskatten,
- e) den statliga förmögenhetsskatten,
- f) fastighetsskatten

Kapitel III

Arvs- och gåvoskatten

Kapitel IV

- a) Skatterna enligt kapitel II och III,
- b) mervärdeskatten,
- c) försäljningsskatten på motorfordon,
- d) charterskatten,
- e) vägtrafikskatten,
- f) vägtrafikskatten på vissa fordon som icke är registrerade i riket,
- g) skattetillägg, förseningsavgifter, dröjsmålsavgifter, räntor och kostnader.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

1. Anlaß und Zweck des Abkommens

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden besteht ein Abkommen vom 17. April 1959 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das durch das Protokoll vom 22. September 1978 geändert wurde. Daneben bestehen ein Abkommen vom 14. Mai 1935 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaftsteuern und ein Vertrag vom 14. Mai 1935 über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen. Diese Abkommen haben sich in der Vergangenheit im großen und ganzen bewährt, genügen aber in vielem nicht mehr den heutigen Anforderungen.

Das neue deutsch-schwedische Steuerabkommen vom 14. Juli 1992 faßt die genannten Regelungsbereiche in einem Abkommen zusammen. Damit ist es das erste „Große Steuerabkommen“ der Bundesrepublik Deutschland. Es regelt die deutsch-schwedischen Steuerbeziehungen in vielen Bereichen neu und berücksichtigt dabei die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, das heutige Steuerrecht beider Staaten sowie deren gegenwärtige Abkommenspraxis.

2. Gliederung des Abkommens

Das Abkommen ist in 7 Abschnitte gegliedert:

- Abschnitt I: Allgemeine Bestimmungen (Artikel 1 bis 5)
- Abschnitt II: Besteuerung des Einkommens und Vermögens (Artikel 6 bis 23)
- Abschnitt III: Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen (Artikel 24 bis 28)
- Abschnitt IV: Beistand in Steuersachen (Artikel 29 bis 37)
- Abschnitt V: Schutz des Steuerpflichtigen und Verständigung (Artikel 38 bis 41)
- Abschnitt VI: Besondere Bestimmungen (Artikel 42 bis 45)
- Abschnitt VII: Schlußbestimmungen (Artikel 46 und 47)

Durch die umfassenden Regelungen sowohl zu den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen als auch hinsichtlich der Erbschaft- und Schenkungsteuern und der Amtshilfe ergeben sich beim Aufbau des Abkommens Abweichungen gegenüber den anderen von Deutschland abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen und den OECD-Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens sowie der Nachlässe, Erbschaften und Schenkungen. Es ergibt sich damit aber eine größere Einheitlichkeit, und durch die Zusammenfassung der allgemeinen Vorschriften wird der Normenflut entgegengewirkt.

Zur leichteren Handhabung des Abkommens sind Inhalt und Regelungsbereiche der Artikel 1 bis 23 (Abschnitte I und II) dem OECD-Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens nachgebildet. Dabei gelten die allgemeinen Begriffsbestimmungen der Artikel 1 bis 5 des Abkommens sowohl für den ertragsteuerlichen Teil als auch für den Erbschaft-

steuer- und den Amtshilfeteil (z. B. räumlicher Geltungsbereich, Begriffe des „unbeweglichen Vermögens“ und der „in einem Vertragsstaat ansässigen Person“).

Die Artikel 6 bis 22 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte aus grenzüberschreitenden Sachverhalten bzw. Vermögen besteuern darf. Artikel 23 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellen- bzw. Belegenheitsstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Für die Erbschaft- und Schenkungsteuer finden sich entsprechende Regelungen in den Artikeln 24 bis 28. Sie sind den Regelungen des OECD-Musterabkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Nachlässe, Erbschaften und Schenkungen nachgebildet.

Die Artikel 29 bis 37 bestimmen das Verfahren zur gegenseitigen Amtshilfe. Sie orientieren sich an den Regelungen des EG-Amtshilfe-Gesetzes, das als Artikel 2 des Steuerbereinigungsgesetzes 1986 vom 19. Dezember 1985 am 20. Dezember 1985 in Kraft getreten ist (BGBl. I S. 2441).

Die Artikel 38 bis 41 regeln den Schutz vor steuerlicher Diskriminierung, die Durchführung von Konsultations- und Verständigungsverfahren sowie das Schiedsverfahren. In den Artikeln 42 bis 47 sind Sonderbestimmungen für die Abkommensanwendung sowie die üblichen Regelungen für das Inkraft- und Außerkrafttreten des Abkommens enthalten.

Zu dem Abkommen gehört eine besondere Anlage, die ein Verzeichnis der Steuern enthält, für die das Abkommen gilt.

3. Rechtsänderungen durch das Abkommen

Das neue Abkommen weicht in zahlreichen Einzelregelungen von den bisherigen Verträgen ab (z. B. größerer Schutz des Steuerpflichtigen durch die Einbeziehung von Schenkungen in den Geltungsbereich des Abkommens, Einführung eines Schiedsverfahrens). Andererseits entsprechen sich die Regelungen der früheren Verträge und des neuen Abkommens in vielen Punkten. Das gilt z. B. für die Anwendung des Belegenheitsprinzips bei Einkünften aus und Nachlässen von Grundvermögen und des Betriebsstättenprinzips bei gewerblichen Einkünften. Aus diesem Grunde werden die Rechtsänderungen durch das Abkommen nicht zu einer völligen Neuordnung führen.

Zu den wichtigsten Änderungen durch das Abkommen gehören:

- Das Gebiet des jeweiligen Festlandssockels der Vertragsstaaten wird in den räumlichen Geltungsbereich einbezogen (Artikel 3 Abs. 1).
- Der Kapitalertragsteuersatz auf Dividenden im Mutter-/Tochterverhältnis wird in Deutschland von bisher 15 v. H. auf 5 v. H. gesenkt. In Schweden wird Kapitalertragsteuer nicht mehr erhoben – bisher 5 v. H. (Artikel 10 Abs. 3).
- Bei Wohnsitzwechsel von dem einen in den anderen Staat behält der bisherige Wohnsitzstaat unter bestimm-

ten Voraussetzungen die Möglichkeit, bei Anteilen an Gesellschaften dieses Staates Vermögenszuwächse bis zum Wohnsitzwechsel oder nach dem Wohnsitzwechsel realisierte Veräußerungsgewinne zu besteuern (Artikel 13 Abs. 5).

- Aufsichtsrats-, Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsvergütungen können künftig auch im Staat des Sitzes der die Vergütungen zahlenden Gesellschaft besteuert werden (Artikel 16).
- Bei Einkünften der Künstler und Sportler ist – entsprechend dem OECD-Musterabkommen – das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats erweitert worden (Artikel 17).
- Sozialversicherungsrenten können nur dann noch im Wohnsitzstaat besteuert werden, wenn der Empfänger Staatsangehöriger dieses Staates ist (Artikel 18 Abs. 2).
- Unterhaltszahlungen sind grundsätzlich im Wohnsitzstaat des Empfängers steuerbefreit (Artikel 20 Abs. 1).
- Bei den Ertragsteuern wird Deutschland als Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung verstärkt durch Steueranrechnung vermeiden; Schweden geht zur Vermeidung der Doppelbesteuerung generell auf die Anrechnungsmethode über (Artikel 23 Abs. 1 und 2). Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer wenden beide Staaten künftig die Anrechnungsmethode an (Artikel 26).
- In Fällen ungerechtfertigter Doppelentlastungen ist jeder der beiden Vertragsstaaten als Wohnsitzstaat unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, von der Freistellungsmethode zur Anrechnungsmethode überzugehen (Artikel 43 Abs. 1).
- Leistung von Amtshilfe ist unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Steuerpflichtigen möglich (Artikel 29 Abs. 1).
- Verbesserter Schutz für den Steuerpflichtigen durch die Einbeziehung von Schenkungen in den Geltungsbereich des Abkommens und die Einführung eines Schiedsverfahrens zur Beilegung von Streitigkeiten.

Das neue Abkommen wird grundsätzlich mit Beginn des Kalenderjahrs anzuwenden sein, das dem Jahr folgt, in dem es in Kraft getreten ist (Artikel 46 Abs. 2).

II. Zu den einzelnen Artikeln des Abkommens

Die Abkommensregelungen folgen weitgehend den OECD-Musterabkommen in der in der deutschen Vertragspraxis üblichen Form sowie der mit dem EG-Amtshilfegesetz in deutsches Recht umgesetzten EG-Amtshilfe-Richtlinie. Nachfolgend wird in der Regel nur auf wichtigere Abweichungen hiervon sowie zwischen bisherigem und neuem Vertragsrecht hingewiesen.

Zu den Artikeln 1 bis 5

Die Artikel 1 bis 5 (Abschnitt I) enthalten allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1

Dieser Artikel umschreibt in allgemeiner Form die Ziele des Abkommens, nämlich die Doppelbesteuerung zu vermeiden, Amtshilfe zu leisten und die steuerlichen Beziehungen zwischen den beiden Vertragsstaaten zu verbessern.

Artikel 2

Der Artikel bestimmt die Steuern, die unter das Abkommen fallen. Dabei nennt er in Absatz 1 – entsprechend der Gliederung des Abkommens – die von den jeweiligen Abschnitten erfaßten Steuern: unter Abschnitt II fallen die Steuern vom Einkommen und vom Vermögen; unter Abschnitt III fallen die Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern. Abschnitt IV, der den Beistand in Steuersachen regelt, gilt für Steuern jeder Art und Bezeichnung mit Ausnahme der Zölle und Verbrauchsteuern.

Absatz 2 weist auf die Anlage zum Abkommen hin, in der die unter das Abkommen fallenden Steuern, die bei Unterzeichnung des Abkommens bestanden, für jeden der beiden Staaten im einzelnen aufgeführt sind.

Absatz 3 enthält die übliche Klausel, wonach das Abkommen auch für Steuern gleicher oder ähnlicher Art gilt, die später erhoben werden.

Absatz 4 grenzt den Geltungsbereich des Abkommens hinsichtlich der Bestimmungen über die Zuweisung der Besteuerungsrechte besonders ab. Danach gilt der Abschnitt II des Abkommens (Besteuerung des Einkommens und des Vermögens) für Personen, die in einem oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind (Buchstabe a). Abschnitt III des Abkommens (Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen) gilt – entsprechend dem OECD-Musterabkommen – in allen Fällen, in denen Erblasser oder Schenker im Zeitpunkt der Vermögensübertragung in einem oder in beiden Vertragsstaaten ansässig waren (Buchstabe b). Für die anderen Abschnitte des Abkommens gibt es keine Beschränkungen.

Artikel 3

Der Artikel definiert in Absatz 1 einige im Abkommen wiederholt verwendete Begriffe. Dabei gelten die Definitionen für alle Abschnitte des Abkommens gleichermaßen. Das Abkommen soll – entsprechend der neueren Vertragspraxis – auch für den Festlandssockel beider Staaten gelten, soweit diesen dort Souveränitätsrechte zustehen.

Absatz 2 bestimmt, daß das Abkommen bei seiner Anwendung grundsätzlich aus sich selbst heraus auszulegen ist. Erst wenn die zuständigen Behörden sich bei unterschiedlicher Anwendung nicht auf eine gemeinsame Auslegung geeinigt haben, ist auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle zurückzugreifen.

Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Person, der für den persönlichen Geltungsbereich des Abkommens und für die Abgrenzung der Besteuerungsrechte der Vertragsstaaten maßgebend ist. Danach bestimmt sich die Ansässigkeit grundsätzlich nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten (Absatz 1).

Ist eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so wird für die Abkommensanwendung nach bestimmten Kriterien nur einer der beiden Staaten als Wohnsitzstaat angesehen (Absatz 2). Tritt der Fall der doppelten Ansässigkeit bei juristischen Personen auf, so ist nach Absatz 3 für die Entscheidung über die Ansässigkeit im Sinne des Abkommens der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung maßgebend.

Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff „Betriebsstätte“, der Anknüpfungspunkt für die Zuweisung des Besteuerungsrechts für gewerbliche Gewinne ist (vgl. auch die Ausführungen zu Artikel 7). Die einzelnen Regelungen, insbesondere die Ausnahmetatbestände (z. B. für Einrichtungen zur Lagerhaltung, für Einkaufs- oder Informationsbeschaffung sowie für abhängige und selbständige Vertreter) entsprechen im wesentlichen denen des OECD-Musterabkommens; gegenüber dem bisherigen Abkommen ergeben sich keine grundsätzlichen Änderungen.

Zu den Artikeln 6 bis 23

Die Artikel 6 bis 23 (Abschnitt II) behandeln die Besteuerung des Einkommens und des Vermögens.

Artikel 6

Der Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem das Vermögen liegt. Die Bestimmung gilt nach Absatz 2 nur für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung des unbeweglichen Vermögens, nicht dagegen – anders als im alten Abkommen – auch für Einkünfte, die bei der Veräußerung unbeweglichen Vermögens entstehen. Die Zuteilung des Besteuerungsrechts für Einkünfte aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens ergibt sich im neuen Abkommen aus Artikel 13 Abs. 1. Auf die dortigen Ausführungen wird insoweit verwiesen.

Absatz 3 stellt klar, daß die Regelungen in Artikel 6 den Bestimmungen in Artikel 7 (Unternehmensgewinne) und Artikel 14 (selbständige Arbeit) vorgehen, soweit es sich um Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen des gewerblichen Unternehmens oder des Freiberuflers handelt. Im alten Abkommen galt dieser Vorbehalt nur hinsichtlich des unbeweglichen Vermögens, das zu einem gewerblichen Betriebsvermögen gehörte.

Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der gewerblichen Gewinne. Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Gewinne von Unternehmen des anderen Staates nur insoweit besteuern, als sie einer in seinem Gebiet gelegenen Betriebsstätte zuzurechnen sind („Betriebsstättenprinzip“). Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebsstättengewinne. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Betriebsstättenbesteuerung zu den Bestimmungen über die Besteuerung anderer Einkünfte.

Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, daß Unternehmensgewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie aus dem Betrieb von Containern nur im Staat des Unternehmens selbst besteuert werden können. Die Regelung für Gewinne aus dem Betrieb von Containern ist im bisherigen Abkommen nicht enthalten; sie entspricht der neueren Vertragspraxis der Mitgliedstaaten der OECD.

Artikel 9

Diese Bestimmung enthält in Absatz 1 den für die Ermittlung der Einkünfte aus Geschäftsbeziehungen zwischen verbundenen Unternehmen international anerkannten Grundsatz des Fremdverhaltens. Danach können die Fi-

nanzbehörden die Gewinne verbundener Unternehmen berichtigen, wenn Bedingungen vereinbart worden sind, die diesem Grundsatz nicht entsprechen. Absatz 2 bietet die Grundlage dafür, daß bei der Gewinnberichtigung in einem Staat in dem anderen Staat eine Gegenberichtigung vorgenommen werden kann, soweit Einigkeit über deren Begründetheit besteht. Im alten Abkommen fehlte eine entsprechende Regelung. Für eine übereinstimmende Abgrenzung der Einkünfte zwischen verbundenen Unternehmen eröffnen die Artikel 39 bis 41 das Konsultations- bzw. Schiedsverfahren.

Artikel 10

Der Artikel behandelt die Besteuerung von Dividenden. Nach Absatz 1 können sie – wie schon bisher – im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden.

Nach Absatz 2 kann auch der Staat, in dem die ausschüttende Gesellschaft ihren Sitz hat (Quellenstaat), die abfließenden Dividenden besteuern. Das Besteuerungsrecht ist allgemein auf 15 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden begrenzt.

Absatz 3 enthält hiervon abweichende Regelungen für Dividendenzahlungen von Tochtergesellschaften an ihre im anderen Staat ansässigen Muttergesellschaften (Mindestbeteiligung 10 v. H.). Bei aus Deutschland abfließenden Dividenden darf danach eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 5 v. H. des Bruttobetrags der Dividenden erhoben werden. Diese Regelungen entsprechen der neueren deutschen Vertragspraxis. In Schweden darf Kapitalertragsteuer für diese Dividenden nicht mehr erhoben werden. Kapitalertragsteuer darf künftig auch in Deutschland nicht mehr erhoben werden, wenn der Unterschied zwischen den Sätzen der Körperschaftsteuer für ausgeschüttete und nichtausgeschüttete Gewinne weniger als 5 Prozentpunkte betragen sollte.

Die Abkommensregelungen für im Mutter-/Tochterverhältnis gezahlten Dividenden sind nach Artikel 46 Abs. 3 letzter Satz rückwirkend ab 1. Januar 1992 anzuwenden. Für Dividendenzahlungen in der Zeit vom 1. Januar 1990 bis zum 31. Dezember 1991 sieht die genannte Bestimmung eine Übergangsregelung vor, wonach Schweden noch Kapitalertragsteuer in Höhe von 5 v. H. (Buchstabe a) sowie Deutschland noch Kapitalertragsteuer in Höhe von 10 v. H. (Buchstabe b) erheben kann.

Die Ermäßigung gegenüber der Regelung im alten Abkommen kann allerdings erst mit Inkrafttreten des neuen Abkommens gewährt werden. Dies geschieht durch Erstattung, die beim Bundesamt für Finanzen in der üblichen Form besonders zu beantragen ist.

Nach dem alten Abkommen betrug der Satz der Kapitalertragsteuer bei aus Deutschland abfließenden Dividenden einheitlich 15 v. H. Der Satz der Kapitalertragsteuer auf Dividenden, die von einer schwedischen Tochtergesellschaft (Mindestbeteiligung 25 v. H.) an ihre in Deutschland ansässige Muttergesellschaft gezahlt wurden, betrug 5 v. H. Bei aus Schweden gezahlten Dividenden aus Streubesitz betrug die Kapitalertragsteuer 15 v. H.

Die Absätze 4, 5, 6 und 7 enthalten der deutschen Abkommenspraxis entsprechende Ergänzungsregelungen. Dabei definiert Absatz 4 den Begriff der „Dividenden“ im Sinne des Abkommens. Dazu gehören auch Ausschüttungen auf Anteilscheine an Investmentvermögen sowie in Deutschland als Quellenstaat – wie bisher – Einkünfte aus partiar-

schen Darlehen und Gewinnobligationen sowie aus stillen Beteiligungen. Absatz 5 bestimmt, daß jeder der Vertragsstaaten gewinnabhängige Vergütungen nach seinem innerstaatlichen Recht besteuern kann. Damit wird ein Ausgleich dafür geschaffen, daß diese Vergütungen aufgrund ihrer Abzugsfähigkeit bei der Gewinnermittlung im Quellenstaat nicht besteuert werden. Vergleichbare Regelungen finden sich in allen neueren von Deutschland abgeschlossenen Abkommen.

Absatz 6 enthält den international üblichen Betriebsstättenvorbehalt, Absatz 7 die übliche Klausel zur Begrenzung der Dividendenbesteuerung (Vermeidung der extraterritorialen Besteuerung).

Artikel 11

Diese Bestimmung behandelt die Besteuerung von Zinsen. Nach Absatz 1 können Zinsen nur im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden. Der Begriff der Zinsen wird in Absatz 2 näher erläutert. Einkünfte, die nach Artikel 10 Abs. 4 als Dividenden gelten, fallen in keinem Fall darunter (z. B. der Gewinnanteil des stillen Gesellschafters oder die Vergütungen für ein partiarisches Darlehen). Die Absätze 3 und 4 enthalten den üblichen Betriebsstättenvorbehalt und behandeln den Fall der Zahlung überhöhter Zinsen zwischen Nahestehenden.

Artikel 12

Der Artikel regelt die Besteuerung der Lizenzgebühren. Sie können gemäß Absatz 1 nur im Wohnsitzstaat des Empfängers (Nutzungsberechtigter) besteuert werden. Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „Lizenzgebühren“. Die Absätze 3 und 4 enthalten den üblichen Betriebsstättenvorbehalt und regeln den Fall der Zahlung unangemessen hoher Lizenzgebühren zwischen Nahestehenden.

Artikel 13

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen. Die Besteuerung dieser Gewinne ist grundsätzlich dem Wohnsitzstaat vorbehalten (Absatz 4).

Der Belegenheitsstaat darf jedoch Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen besteuern. Dies gilt auch für Veräußerungsgewinne bei einer Mindestbeteiligung von 10 v. H. an Gesellschaften, deren Vermögen ganz oder überwiegend aus im Belegenheitsstaat befindlichem unbeweglichem Vermögen besteht (Absatz 1). Das alte Abkommen enthielt keine entsprechende Regelung.

Ebenfalls darf der Belegenheitsstaat Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen von Betriebsstätten und festen Einrichtungen besteuern (Absatz 2). Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen, Luftfahrzeugen oder Containern im internationalen Verkehr können nur im Staat des diese Verkehrsträger einsetzenden Unternehmens besteuert werden (Absatz 3).

Absatz 5 behandelt Vermögenszuwächse und Veräußerungsgewinne bei Anteilen an Gesellschaften mit Sitz im früheren Wohnsitzstaat des Anteilseigners in Verbindung mit einem Wohnsitzwechsel. Die Vorschrift, die im alten Abkommen nicht enthalten ist, gestattet dem bisherigen Wohnsitzstaat nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts die Besteuerung des Vermögenszuwachses bis zum Wohnsitzwechsel sowie die Besteuerung der Veräußerungsgewinne innerhalb eines Zeitraums von bis zu fünf

Jahren nach dem Wohnsitzwechsel. Damit ist die Anwendung des § 6 des Außensteuergesetzes sowie des § 17 des Einkommensteuergesetzes für derartige Tatbestände sichergestellt.

Artikel 14

Die Bestimmung regelt die Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit. Das Besteuerungsrecht hierfür steht nach Absatz 1 nur dem Wohnsitzstaat zu. Die Einkünfte können jedoch im anderen Staat besteuert werden, wenn die Tätigkeit dort im Rahmen einer festen Einrichtung ausgeübt wird. Absatz 2 erläutert beispielhaft den Begriff des „freien Berufs“ im Sinne dieses Artikels.

Artikel 15

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Einkünfte aus unselbständiger Arbeit (ausgenommen Arbeitsentgelte aus öffentlichen Kassen, für die Artikel 19 gilt). Das Besteuerungsrecht steht grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu; bei Ausübung der Tätigkeit im anderen Staat können sie dort besteuert werden (Absatz 1).

Absatz 2 enthält die übliche 183-Tage-Klausel, wonach in einem Vertragsstaat ansässige Arbeitnehmer, die vorübergehend bis zu 183 Tagen im anderen Staat tätig sind, nur im Wohnsitzstaat besteuert werden können, wenn die Vergütungen von einem Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im Tätigkeitsstaat ansässig ist und sie nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im Tätigkeitsstaat hat. Absatz 3 enthält eine Sonderregelung für das Bordpersonal von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr.

Eine weitere Sonderregelung in Absatz 4 bestimmt, daß die an Leiharbeitnehmer gezahlten Arbeitsvergütungen ohne Beschränkung auch im Tätigkeitsstaat besteuert werden können. Eine doppelte Besteuerung wird gemäß Artikel 23 Abs. 1 Buchstabe b Unterbuchstabe cc durch Steueranrechnung im Wohnsitzstaat vermieden. Etwaige Probleme bei der praktischen Abwicklung sind erforderlichenfalls durch eine besondere Verständigungsvereinbarung nach Artikel 40 des Abkommens zu lösen.

Artikel 16

Nach diesem Artikel dürfen Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist. Dies gilt entsprechend für Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Geschäftsführer oder als Vorstandsmitglied einer im anderen Staat ansässigen Gesellschaft bezieht. Damit werden Qualifikationskonflikte in den Fällen vermieden, in denen z. B. ein in einem Staat ansässiger Geschäftsführer die Geschäfte einer im anderen Staat ansässigen Gesellschaft ausschließlich von seinem Wohnsitz aus führt. Ohne diese Sonderbestimmung könnten die Vergütungen gemäß Artikel 15 Abs. 1 nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Das alte Abkommen enthielt für die in diesem Artikel behandelten Fälle keine Sonderregelung. Das Besteuerungsrecht stand daher nach der Auffangklausel des Artikels 17 in Verbindung mit Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 nur dem Wohnsitzstaat des Vergütungsempfängers zu.

Artikel 17

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung der Künstler und Sportler. Nach der Regelung dürfen Künstler und Sportler

ungeachtet der Bestimmungen in den Artikeln 7, 14 und 15 im Tätigkeitsstaat besteuert werden (Absatz 1). Absatz 2 enthält eine Regelung zur Verhinderung von Steuerumgehungen.

Danach bleibt das Besteuerungsrecht des Tätigkeitsstaats auch dann erhalten, wenn die Vergütungen einer anderen Person als dem Künstler oder Sportler zufließen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der Künstler oder Sportler über diese andere Person eine Kontrolle ausüben kann. Nach Absatz 3 verbleibt das Besteuerungsrecht beim Wohnsitzstaat, wenn der Auftritt des Künstlers oder Sportlers im anderen Staat im wesentlichen Umfang aus öffentlichen Kassen des Wohnsitzstaats unterstützt wird.

Das bisherige Abkommen enthielt keine entsprechende Bestimmung für Künstler und Sportler. In Artikel 12 Abs. 1 bestand lediglich eine Regelung für die Einkünfte aus selbständiger künstlerischer oder sportlicher Tätigkeit.

Artikel 18

Nach Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Abweichend davon können Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung grundsätzlich nur im Quellenstaat besteuert werden. Diese Bezüge können jedoch nur im Wohnsitzstaat besteuert werden, wenn der Bezugsberechtigte Staatsangehöriger dieses Staates und nicht Staatsangehöriger des Quellenstaats ist (Absatz 2). Diese Regelung dient u. a. dem Schutz deutscher Renten vor der Besteuerung in Schweden; dort werden Renten im allgemeinen voll besteuert, während sie in Deutschland nur mit dem sog. „Ertragsanteil“ steuerpflichtig sind. Bei Personen mit der Staatsangehörigkeit des Quellenstaats erscheint es vertretbar, diesem das Besteuerungsrecht nach der Grundregel in Satz 1 zu überlassen.

Der ausschließlichen Besteuerung im Quellenstaat unterliegen Wiedergutmachungsleistungen als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung (Absatz 3).

Absatz 4 enthält eine Definition des Begriffs „Rente“. Durch Absatz 5 wird sichergestellt, daß der Wohnsitzstaat bei der Besteuerung von Sozialversicherungsleistungen aus dem anderen Vertragsstaat bei der Besteuerung dieser Bezüge die gleichen Vergünstigungen gewährt, die für derartige Bezüge aus dem eigenen Staatsgebiet gewährt werden.

Artikel 19

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Bezüge aus öffentlichen Kassen. Nach Absatz 1 dürfen Arbeitsvergütungen, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, nur im Kassenstaat besteuert werden. Jedoch ist der Wohnsitzstaat ausschließlich steuerberechtigt, wenn die dort geleisteten Dienste von einer Person erbracht werden, die die Staatsangehörigkeit des Wohnsitzstaats besitzt ohne gleichzeitig Staatsangehörige des anderen Staates zu sein. Entsprechendes gilt für die in Absatz 4 genannten Vergütungen, wie Gehalts- und Lohnzahlungen der Bahn- und Postverwaltungen oder des Goethe-Instituts.

Absatz 2 enthält eine entsprechende Regelung für Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen. Nach Absatz 4 letzter Satz wird die Regelung erweitert auf die von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost sowie die von den entsprechenden schwedischen Stellen gezahlten Ruhegehälter.

Absatz 3 enthält den üblichen Vorbehalt, wonach von gewerblichen Betrieben der öffentlichen Hand gezahlte Arbeitsvergütungen und Ruhegehälter nicht zu den Bezügen aus öffentlichen Kassen zählen. Die Zuteilung des Besteuerungsrechts richtet sich daher nach den allgemeinen Regeln des Abkommens.

Durch Absatz 5 wird sichergestellt, daß die in Absatz 4 besonders genannten Vergütungen auch dann besteuert werden, wenn nach dem innerstaatlichen Steuerrecht des berechtigten Staates keine Steuerpflicht gegeben ist. Zur Vermeidung der doppelten Steuerbefreiung darf in diesem Fall der andere Staat besteuern.

Artikel 20

Absatz 1 behandelt die Besteuerung von Unterhaltszahlungen. Zahlungen dieser Art sind grundsätzlich im Staat des Empfängers steuerbefreit. Dies gilt dann nicht, wenn die Unterhaltszahlungen im Staat des Zahlungsverpflichteten bei der Besteuerung abzugsfähig sind. Das alte Abkommen enthielt insoweit keine Regelung.

Absatz 2 soll den Austausch von in Ausbildung stehenden Personen fördern. Er befreit Unterhalts- und Studiengelder von der Steuer des Empfangsstaats, sofern diese Gelder nicht aus Quellen dieses Staates stammen.

Artikel 21

Absatz 1 weist das Besteuerungsrecht für Einkünfte, die in den anderen Artikeln des Abkommens nicht behandelt werden, ausschließlich dem Wohnsitzstaat zur Besteuerung zu. Der Anwendungsbereich des Artikels beschränkt sich nicht auf Einkünfte aus den beiden Vertragsstaaten; er gilt auch für Einkünfte aus Drittstaaten. Absatz 2 sieht die übliche Ausnahme für Einkünfte vor, die mit der Tätigkeit einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung zusammenhängen, die eine Person im anderen Vertragsstaat hat.

Artikel 22

Diese Bestimmung behandelt die Besteuerung des Vermögens. Nach den Absätzen 1 und 2 dürfen unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung gehört, im Belegenheitsstaat besteuert werden. Für Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Container im internationalen Verkehr weist Absatz 3 das Besteuerungsrecht dem Staat zu, in dem das Transportunternehmen ansässig ist. Dies gilt auch für bewegliches Vermögen, das dem Betrieb der genannten Verkehrsmittel dient. Alle anderen Vermögensteile dürfen nach Absatz 4 nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei den in Abschnitt II des Abkommens behandelten Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die auch im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können. Während bisher die Doppelbesteuerung in beiden Staaten fast ausschließlich durch die Freistellungsmethode vermieden wurde, wird sie nunmehr – der neueren Vertragspraxis beider Staaten folgend – in Deutschland verstärkt durch Steueranrechnung und in Schweden nahezu ausschließlich durch Steueranrechnung vermieden.

Absatz 1 bestimmt, wie Deutschland bei einer in seinem Gebiet ansässigen Person die doppelte Besteuerung der Einkünfte und der Vermögenswerte, die auch in Schweden besteuert werden können, vermeidet. Dies geschieht bei den nachfolgend genannten Einkünften durch Steueranrechnung:

- Dividenden aus Streubesitz, Ausschüttungen von Investmentfonds sowie von Beträgen, die bei der Gewinnermittlung der ausschüttenden Gesellschaft in Schweden abgezogen worden sind (z. B. Einkünfte aus Gewinnobligationen).
- Veräußerungsgewinne i. S. des Artikels 13 Abs. 1 Satz 2 und Absatz 5.
- Vergütungen für nichtselbständige Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung (Artikel 15 Abs. 4).
- Aufsichtsrats-, Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsvergütungen (Artikel 16).
- Einkünfte aus einer Tätigkeit als Künstler oder Sportler (Artikel 17).
- Einkünfte in Fällen, in denen nach Artikel 43 Absatz 1 unter den dort genannten Bedingungen die an sich zu gewährende Steuerbefreiung durch eine Steueranrechnung ersetzt wird.

Bei allen anderen Einkünften und Vermögenswerten, insbesondere bei Einkünften aus Beteiligungen von mindestens 10 v. H. an schwedischen Kapitalgesellschaften – Schachtelfreistellung über die Grenze – wird die Doppelbesteuerung durch Freistellung mit Progressionsvorbehalt vermieden.

Absatz 2 bestimmt, wie Schweden bei einer in seinem Gebiet ansässigen Person die doppelte Besteuerung der Einkünfte und Vermögenswerte, die auch in Deutschland besteuert werden können, vermeidet. Dies geschieht grundsätzlich durch Steueranrechnung (Buchstaben a bis c). Bei Einkünften, die nach Artikel 18 bzw. Artikel 19 nur in Deutschland besteuert werden können, darf Schweden diese Einkünfte besonders berücksichtigen (Progressionsvorbehalt).

Absatz 3 enthält eine Sonderregelung für Ausschüttungen in Deutschland ansässiger Kapitalgesellschaften an ihre in Schweden ansässigen Muttergesellschaften. Diese Ausschüttungen werden in Schweden von der Besteuerung freigestellt. Die Freistellung steht allerdings unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Regelung bei Ausschüttungen innerhalb Schwedens. Weitere Voraussetzung ist, daß die den Ausschüttungen zugrunde liegenden Gewinne in Deutschland einer regulären Besteuerung unterliegen haben oder bei Durchleitung von Gewinnen aus Drittstaaten die entsprechenden Ausschüttungen auch bei direktem Bezug in Schweden steuerfrei gestellt worden wären.

Die Freistellung gilt – wie auf deutscher Seite – nicht für Ausschüttungen von Investmentfonds und Ausschüttungen von Beträgen, die bei der Ermittlung des Gewinns der ausschüttenden Gesellschaft für Zwecke der deutschen Steuer abgezogen worden sind.

Absatz 4 stellt klar, daß die Vorschriften zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach dem deutschen Körperschaftsteuerrecht bei der Weiterausschüttung von aus Schweden stammenden Einkünften nicht entgegensteht.

Zu den Artikeln 24 bis 28

Die Artikel 24 bis 28 (Abschnitt III des Abkommens) enthalten die Regelungen zur Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen.

Artikel 24

Diese Bestimmung enthält die Grundregel für die Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen. Nach Absatz 3 kann alles Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist, ohne Rücksicht auf seine Belegenheit grundsätzlich nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden. Dies schließt die Besteuerung des im anderen Vertragsstaat ansässigen Erwerbers ein (Artikel 26). Abweichend davon kann in einem Staat liegendes unbewegliches Vermögen als Teil des Nachlasses oder der Schenkung einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person auch im Belegenheitsstaat besteuert werden (Absatz 1). Entsprechendes gilt nach Absatz 2 für den Nachlaß oder die Schenkung von beweglichem Vermögen eines Unternehmens, das zu einer Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört.

Das alte Abkommen vom 14. Mai 1935 enthielt keine Regelung zur Besteuerung von Schenkungen.

Artikel 25

Dieser Artikel bestimmt, daß die mit den steuerpflichtigen Vermögenswerten zusammenhängenden Schulden bei der Ermittlung der Besteuerungsgrundlage abgezogen werden können. Dabei behandelt Absatz 1 den Schuldenabzug bei unbeweglichem Vermögen. Absatz 2 enthält eine entsprechende Regelung für bewegliches Vermögen von Betriebsstätten und festen Einrichtungen, während Absatz 3 den Schuldenabzug für das sonstige Vermögen regelt.

Die Absätze 4 bis 6 enthalten ergänzende Bestimmungen zum Schuldenabzug.

Artikel 26

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Erblassers, Schenkers oder Erwerbers die Doppelbesteuerung beim Übergang von Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen auch im anderen Staat besteuert werden können. Dies geschieht in beiden Staaten durch Steueranrechnung. Die Regelungen in Absatz 1 gelten für in Deutschland ansässige Erblasser, Schenker oder Erwerber; Absatz 2 enthält die entsprechenden Regelungen für in Schweden ansässige Erblasser, Schenker oder Erwerber. In beiden Staaten ist Obergrenze für die Anrechnung die eigene Steuer, die auf das jeweilige Vermögen entfällt.

Artikel 27

Dieser Artikel enthält eine besondere „Staatsangehörigenregelung“ für Erblasser oder Schenker, wenn diese innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren nach dem Wohnsitzwechsel sterben. In diesen Fällen wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats trotz voller Wohnsitznahme im anderen Staat nicht als dort, sondern als in seinem Heimatstaat ansässig behandelt. Die Regelung soll es den Steuerpflichtigen ermöglichen, Lebensplanung, Vorsorge, Vermögensanlage und Testament langfristig an den Verhältnissen des Heimatstaats auszurichten. Nach Absatz 2 gilt die Regelung entsprechend für die Besteuerung von

Erben oder Beschenkten, wenn diese selbst im Zeitpunkt des Erbfalls oder der Schenkung die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt haben.

Artikel 28

Dieser Artikel bestimmt, daß gemeinnützige Körperschaften und Organisationen eines jeden Staates bei Zuwendungen zu ihren Gunsten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit im jeweils anderen Staat steuerbefreit sind.

Zu den Artikeln 29 bis 37

Die Artikel 29 bis 37 (Abschnitt IV) regeln den Beistand in Steuersachen.

Artikel 29

Dieser Artikel bestimmt die Bereiche für die gegenseitige Beistandsleistung. Dabei ist die Beistandsleistung nicht auf die in den Abschnitten II und III behandelten Steuern beschränkt. Sie ist vielmehr auch hinsichtlich verschiedener anderer Steuern möglich (z. B. Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer). Dies ergibt sich aus der besonderen Anlage zum Abkommen. Im übrigen erlaubt das neue Abkommen – anders als der Amts- und Rechtshilfe-Vertrag vom 14. Mai 1935 – Beistandsleistungen unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Steuerpflichtigen. Nach Absatz 1 wird Amtshilfe geleistet durch den Austausch von Auskünften, die Unterstützung bei der Beitreibung sowie durch Zustellung.

In Absatz 2 ist klargestellt, daß Amtshilfe auch zugunsten der Steuerpflichtigen sowie zur Vermeidung der Doppelbesteuerung geleistet wird. Absatz 3 enthält eine besondere Bestimmung für die Beistandsleistung zwischen den mit Steuersachen befaßten Gerichten. Diese Gerichte können sich dabei der Geschäftswege der zuständigen Behörden bedienen.

Absatz 4 stellt klar, daß in Fällen, in denen ein steuerliches Verfahren justizanhängig ist, die Anwendung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959, nach dem die Justizbehörden sich untereinander Rechtshilfe leisten können, unberührt bleibt. Dabei ist zu beachten, daß auch nach Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens noch Auskünfte auf dem Amtshilfegeweg zum Zwecke der Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen unter Beachtung des § 393 AO eingeholt und erteilt werden können. Soweit die Finanzbehörde jedoch lediglich als Strafverfolgungsbehörde in einem Strafverfahren zur Ermittlung einer Steuerhinterziehung oder als zuständige Verwaltungsbehörde in einem Bußgeldverfahren zur Ermittlung einer Steuerordnungswidrigkeit tätig wird, sind Auskünfte nach den Regeln über die zwischenstaatliche Rechtshilfe in Strafsachen, also nach dem Europäischen Rechtshilfeübereinkommen, einzuholen.

Absatz 5 bestätigt den allgemeinen Grundsatz, wonach die bei der Amtshilfe entstehenden üblichen Kosten von dem die Amtshilfe ausführenden Staat getragen werden. Lediglich außergewöhnliche Kosten gehen zu Lasten des die Amtshilfe verlangenden Staates.

Artikel 30

Dieser Artikel regelt den Auskunftsaustausch auf Ersuchen in Einzelfällen. Er macht den Auskunftsaustausch davon abhängig, daß dieser für die zutreffende Festsetzung der in den Abschnitten II und III des Abkommens

behandelten Steuern in dem anderen Vertragsstaat voraussichtlich erheblich ist. Die Bestimmung entspricht der Regelung in § 2 Abs. 1 des EG-Amtshilfegesetzes.

Artikel 31

Absatz 1 behandelt den Austausch von Auskünften ohne Ersuchen, wenn zu vermuten ist, daß die ausgetauschten Informationen für die Festsetzung der Steuern im anderen Vertragsstaat erheblich sein können (spontane Auskunftserteilung). Dabei wird die Auskunftserteilung auf bestimmte Sachverhalte beschränkt. Die Beschränkungen entsprechen denen in § 2 Abs. 2 des EG-Amtshilfegesetzes.

Absatz 2 regelt den Austausch von Auskünften ohne Ersuchen zur regelmäßigen Übermittlung von Informationen über besonders bezeichnete gleichartige Sachverhalte (automatische Auskunftserteilung). Die Bestimmung entspricht der Regelung des § 2 Abs. 3 des EG-Amtshilfegesetzes und soll Steuerverkürzungen verhindern.

Artikel 32

Der Artikel enthält die Bestimmungen über den zwischenstaatlichen Amtshilfeverkehr bei der Einziehung der Steuern. Die Vertragsstaaten werden sich dabei auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Hilfe leisten, wenn die einzuziehenden Beträge nach den Gesetzen des ersuchenden Staates rechtskräftig geschuldet sind (Absätze 1 und 2).

Die Absätze 3 bis 8 enthalten Verfahrensvorschriften. Danach sind z. B. Maßnahmen bei der Erbschaftsteuer nur bis zur Höhe des Wertes des Nachlasses zulässig, der auf den jeweiligen Nachlaßbegünstigten entfällt (Absatz 3). Nach Absatz 4 kann bei noch nicht rechtskräftig festgesetzten Steuern der Gläubigerstaat den anderen Staat um Sicherungsmaßnahmen ersuchen.

Artikel 33

Dieser Artikel bestimmt, daß bei der Einrede der Verjährung im Zusammenhang mit Beitreibungsmaßnahmen im ersuchten Staat ausschließlich das Recht des ersuchenden Staates maßgebend ist. Daher hat der ersuchende Staat dem ersuchten Staat Hinweise über die geltenden Verjährungsfristen zu geben (Absatz 1). In Absatz 2 wird klargestellt, daß Maßnahmen des ersuchten Staates, die die Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen, diese Wirkungen auch nach Maßgabe des Rechts des ersuchenden Staates haben.

Artikel 34

Nach Absatz 1 sind Einwendungen gegen die vom ersuchten Staat durchgeführten Zwangsmaßnahmen zur Einziehung von Steuern nur bei den zuständigen Behörden dieses Staates vorzubringen. Einwendungen gegen die Maßnahmen des ersuchenden Staates sind entsprechend nur bei dessen zuständigen Behörden zu erheben (Absatz 2). Die Vertragsstaaten werden sich nach Absatz 3 über die getroffenen Entscheidungen unterrichten und erforderlichenfalls das weitere Vorgehen erörtern.

Artikel 35

Nach Absatz 1 kann jeder Staat einer im anderen Staat ansässigen Person Schriftstücke auf dem normalen Postweg unmittelbar zusenden. Absatz 2 sieht auf Ersuchen eine förmliche Zustellung von Schriftstücken einschließlich gerichtlicher Entscheidungen vor, soweit sie eine unter das

Abkommen fallende Steuer betreffen. Absatz 3 enthält Verfahrensvorschriften für die förmliche Zustellung. Absatz 4 bestimmt, daß eine vom ersuchten Staat nach seinem Recht vorgenommene Zustellung nicht dadurch nichtig ist, daß sie den Bestimmungen dieses Artikels nicht entspricht.

Artikel 36

Dieser Artikel legt die Grenzen der Beistandsleistung fest. In den Fällen des Absatzes 1 Buchstabe a wird die Amtshilfe ausdrücklich untersagt. Die Tatbestände entsprechen den in § 3 Abs. 1 des EG-Amtshilfegesetzes genannten. Besonders hervorzuheben ist Unterbuchstabe bb, der in besonderer Ausprägung des Grundsatzes der öffentlichen Ordnung vorsieht, daß keine Unterstützung geleistet wird, wenn dies zu einer dem Abkommen widersprechenden doppelten Besteuerung führen würde. Dem Grundsatz der öffentlichen Ordnung würde es auch widersprechen, wenn durch die Preisgabe von persönlichen Verhältnissen ein mit dem Zweck der Auskunftserteilung nicht zu rechtfertigender Schaden entstünde (Unterbuchstabe dd).

In den Fällen des Buchstaben b wird die Unterstützung durch jeden Vertragsstaat in das pflichtgemäße Ermessen von dessen zuständiger Behörde gestellt. Danach ist z. B. keine Unterstützung zu gewähren, wenn der ersuchende Staat die eigenen Ermittlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft hat (Unterbuchstabe aa) oder keine Gegenseitigkeit gegeben ist (Unterbuchstabe bb).

Beistandshandlungen können nach Absatz 3 in Zweifelsfällen von einer vorherigen Einigung über ein bindendes Schiedsverfahren abhängig gemacht werden. Zum Schiedsverfahren Hinweis auf die Ausführungen zu Artikel 41.

Artikel 37

Dieser Artikel regelt in enger Anlehnung an § 4 des EG-Amtshilfegesetzes die Geheimhaltung empfangener Auskünfte. Nach Absatz 1 unterliegen die empfangenen Auskünfte dem Steuergeheimnis, wobei auch ein in dem die Auskünfte erteilenden Staat ggf. bestehendes strengeres Steuergeheimnis zu beachten ist. Darüber hinaus beschränkt Absatz 2 den Personenkreis, dem Kenntnisse offenbart werden dürfen, auf die Personen, die unmittelbar am Verfahren beteiligt sind. In den Grenzen des allgemeinen Steuergeheimnisses ist eine weitergehende Offenbarung nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde des die Auskünfte erteilenden Staates zulässig. Dies gilt entsprechend für die Offenbarung empfangener Auskünfte in öffentlichen Gerichtsverhandlungen oder Urteilen. Absatz 3 ermöglicht unter sehr eingrenzenden Voraussetzungen die Weitergabe empfangener Informationen an einen Drittstaat.

Artikel 38

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern; entsprechend dem OECD-Musterabkommen gilt er auch für Personen, die in keinem der beiden Vertragsstaaten ansässig sind und für Steuern, die nicht unter das Abkommen fallen.

Artikel 39

Nach diesem Artikel können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten Schwierigkeiten bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens in gegenseitigem Einvernehmen bereinigen. Dies gilt auch für Fälle, die im

Abkommen nicht besonders behandelt sind. Darüber hinaus können die zuständigen Behörden Vereinbarungen treffen, um der internationalen Steuerverkürzung entgegenzutreten, die sich aus Unterschieden ihrer Steuerrechte ergibt. Im Wege der Konsultation sind darüber hinaus Vereinbarungen möglich über besondere Verfahren zur Anwendung des Abkommens.

Artikel 40

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Schwierigkeiten bei der Auslegung und Anwendung des Abkommens im beiderseitigen Einvernehmen regeln (Absätze 1 und 2). In Absatz 3 sind diese Möglichkeiten – über das OECD-Musterabkommen hinausgehend – für die wichtigsten Bereiche, nämlich Gewinnabgrenzungen bei Betriebsstätten oder verbundenen Unternehmen sowie übereinstimmende Behandlung von Gewinnausschüttungen oder Schulden, besonders herausgestellt.

Artikel 41

Absatz 1 bestimmt, daß die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der Artikel 39 und 40 unmittelbar miteinander verkehren können. Zur Herbeiführung einer Einigung können die zuständigen Behörden auch ein unabhängiges Gremium beauftragen, zu einer bestimmten Frage eine gutachterliche Äußerung abzugeben (Absatz 3). Absatz 4 begründet in Verfahren, die sich auf einen Einzelfall beziehen, ein Anhörungsrecht der Betroffenen.

Nach Absatz 5 gelten für die Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten aus dem Abkommen die Bestimmungen der Kapitel I, II und IV des Europäischen Übereinkommens vom 29. April 1957 zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten (BGBl. 1961 II S. 82). Die Vertragsstaaten haben jedoch die Möglichkeit, anstelle der in dem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren ein Schiedsgericht anzurufen. Die Ausgestaltung des Schiedsverfahrens ist zwischen den zuständigen Behörden noch im Einzelfall zu regeln. Mit der Einführung des Schiedsverfahrens wird den Steuerpflichtigen in Anlehnung an vergleichbare Regelungen im Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA vom 29. August 1989 (BGBl. 1991 II S. 354) und im Zusatzabkommen mit Frankreich vom 28. September 1989 (BGBl. 1990 II S. 770) über die Empfehlungen im OECD-Musterabkommen hinaus ein zusätzlicher Schutz zur Wahrung seiner Interessen gewährt.

Zu den Artikeln 42 bis 45

Die Artikel 42 bis 45 (Abschnitt VI des Abkommens) enthalten Sonderregelungen für Ausnahmesachverhalte.

Artikel 42

Dieser Artikel enthält eine Regelung für das schwedisch-dänisch-norwegische Luftfahrtkonsortium „Scandinavian Airlines System“. Danach gelten für die laufenden Gewinne des Konsortiums, für Veräußerungsgewinne sowie für Vermögenswerte, die auf den schwedischen Teilhaber entfallen, die sich auf Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr beziehenden Bestimmungen des Abkommens (Artikel 8, Artikel 13 Abs. 3 und Artikel 22 Abs. 3). Vergütungen für unselbständige Arbeit an Bord eines Luftfahrzeugs des Konsortiums dürfen nur in Schweden besteuert werden (Absatz 1).

Diese Regelungen werden entsprechend gelten, falls die Lufthansa AG einem vergleichbaren Konsortium beitreten sollte (Absatz 2).

Artikel 43

Der Artikel ergänzt für den Wohnsitzstaat die Regelungen in Artikel 23. Durch Unterschiede in den nationalen Rechten beider Staaten kann es trotz des Abkommens zu Doppelbesteuerungen oder – über die Zielsetzung des Abkommens hinaus – zu einer Keimnalbesteuerung kommen (positive oder negative Qualifikationskonflikte). Absatz 1 Buchstabe a soll durch Anrechnung entweder die Doppelbesteuerung im jeweiligen Wohnsitzstaat beseitigen (Unterbuchstabe aa) oder die doppelte Freistellung der Einkünfte ausschließen (Unterbuchstabe bb).

Buchstabe b trifft entsprechende Maßnahmen in Fällen, in denen die innerstaatliche Anwendung des Abkommens auf andere Weise zu unterschiedlichen Ergebnissen führt. Der Grundsatz der Einheitlichkeit der Abkommensanwendung gebietet es, daß im einen wie im anderen Fall derartige Unterschiede soweit wie möglich durch eine einheitliche Anwendung des Abkommens ausgeschlossen werden. Hierzu ist das Verständigungs- und Konsultationsverfahren einzusetzen. Buchstabe b berücksichtigt, daß die Freistellungsmethode in einzelnen Fällen zu ungerechtfertigten Doppelentlastungen führen kann, z. B. weil die nationalen Steuerrechte sich unterschiedlich entwickeln oder weil dies durch geeignete steuerlich motivierte Gestaltungen herbeigeführt wird.

Die Bestimmung entspricht im übrigen der Regelung in Nummer 21 des Protokolls zum deutsch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 29. August 1989.

Absatz 2 enthält ergänzende Regelungen zur Auslegung des Abkommens, um dessen Mißbrauch durch besondere Gestaltungen zu verhindern. Sofern sich hieraus eine Doppelbesteuerung ergeben sollte, werden die zuständigen Behörden diese im Wege der Verständigung zu vermeiden suchen.

Absatz 3 enthält eine besondere Definition des „Nutzungsberechtigten“ im Sinne der Artikel 10 bis 12 des Abkommens.

Artikel 44

Dieser Artikel regelt die Durchführung der Abkommensbestimmungen zur Entlastung von den Abzugsteuern im jeweiligen Quellenstaat. Nach Absatz 1 bleibt es jedem Vertragsstaat unbenommen, trotz entgegenstehender Abkommensbestimmungen zunächst die nach seinem innerstaatlichen Recht entstandene Quellensteuer uneingeschränkt zu erheben. Die Abkommensvergünstigungen werden nur auf Antrag gewährt. Dabei ist als Regelverfahren das Erstattungsverfahren vorgesehen.

Artikel 45

Dieser Artikel enthält den üblichen Vorbehalt weitergehender Vorrechte der Mitglieder diplomatischer und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

Artikel 46

Dieser Artikel regelt die Ratifikation, das Inkrafttreten und die erstmalige Anwendung des Abkommens. Nach seinem Absatz 2 tritt es einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist ab Beginn des Kalenderjahres anzuwenden, das auf das Jahr des Inkrafttretens folgt. Gemäß Absatz 3 ist für Dividenden im zwischengesellschaftlichen Verhältnis rückwirkend ab 1. Januar 1990 eine Sonderregelung vorgesehen. Dazu wird auf die Ausführungen zu Artikel 10 verwiesen.

Absatz 4 stellt klar, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Abkommens die bisherigen drei deutsch-schwedischen Abkommen auf dem Gebiet des Steuerwesens außer Kraft treten.

Artikel 47

Dieser Artikel enthält die üblichen Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.

Anlage zum Abkommen

In dieser Anlage sind die im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens bestehenden Steuern, für die es gilt, einzeln aufgeführt (Artikel 2 Absatz 2).

24.09.93

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern
(Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)

Der Bundesrat hat in seiner 660. Sitzung am 24. September 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.